Nr. 152a
XVIII. Jahrgang

Berliner Tageblatt

Berlin
24. März 1899

Parlaments-Ausgabe

Haus der Abgeordneten.

52. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

m Regierungstische: Schönstedt.
räsident **v. Kröcher** eröffnet die Sitzung und hält folgende
rache:
m 31. März vollendet **Fürst zu Hohenlohe** sein **80. Lebens-**
. Ich mache dem Hause den Vorschlag, mich zu beauftragen, dem
n Ministerpräsidenten zu diesem Tage den **Glückwunsch** des
es auszusprechen. Ein Widerspruch gegen diesen Vorschlag er-
sich nicht. Ich werde danach verfahren.
uf der Tagesordnung steht zunächst die **erste Berathung** der
nnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für
Jahr vom 1. April 1897/98.
er Gegenstand wird ohne Berathung der **Rechnungskommission**
wiesen.
s folgt die **zweite Berathung** des Gesetzentwurfes
r die **Verlegung der preußisch-österreichischen Grenze**
s des Przemsluflusses.

Ein **Regierungskommissar**
rt, es sei kein Zweifel, daß auch das Reich sich mit diesem Ab-
en zu befassen habe; zunächst aber hat man den Vertrag zur
nniß der gesetzgebenden Faktoren Preußens bringen wollen.
ach unwesentlicher Debatte wird der Vertrag mit einigen
tionellen Aenderungen nach dem Antrage des Abg. Schaube (kons.)
nommen.
er Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Reichs-
y über die **Zwangsversteigerung** und die **Zwangs-**
altung wird auf Antrag des Abg. Bode (kons.) einer **be-**
ren Kommission überwiesen.
ch einer Geschäftsordnungsdebatte wird die **Berathung der**
tionen entgegen dem Antrag der Abgg. Hirsch (fr. Vp.),
(fr. Vg.) **nicht von der Tagesordnung abgesetzt.**
nächst kommt zur Verhandlung die Petition des Dr. Rößler,
enden des Frankfurter Friedensvereins in Frankfurt a. M., um
re **Behandlung des Geschichtsunterrichts** in den Volks-,
Mittelschulen und höheren Lehranstalten.
e Petitionskommission (Berichterstatter Dr. Stockmann) be-
gt **Uebergang zur Tagesordnung.**

Abg. **Hirsch** (fr. Vp.):
e Petition hat eine grobe und zeitgemäße Bedeutung. Die Ge-
e soll im versöhnlichen Sinne, im Sinne der Humanität
rt werden. Es wird das dazu beitragen, die
ungen der Staaten und Völker gemäß dem neulichen **Friedens-**
rlaß des Zaren zu bessern. Ich halte es für eine bedauerliche
chtung aller Friedensbestrebungen, über eine solche Petition zur
ordnung übergehen zu wollen. Wir stellen den Antrag, diese
on, wie es auch in der Unterrichtskommission beschlossen worden
er Regierung als Material zu überweisen.

Abg. **v. Kölichen** (kons.):
n Namen meiner Freunde schließe ich mich dem Antrage der
ionskommission an. Das preußische und deutsche Volk ist durch-
friedlich, es liegt kein Grund vor zu dieser Petition. Wir
ehen aber der **herrlichen Ruhmesthaten** unserer Vorfahren in
m Geschichtsunterricht nicht entbehren. Es gilt der Grundsatz:
pacem, para bellum!

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.):
s ist in der Petition Richtiges und Unrichtiges durch einander
ht. Es wird nicht möglich sein, Kulturgeschichte in dem Maße
eiben, wie es in der Petition verlangt wird. In erster Linie
politische Geschichte gelehrt werden. Wir können die großen
e der Völker und besonders der Deutschen nicht todtschweigen.
würde auch zu einer Entnervung führen. Die deutsche Friedens-
kann dadurch nicht erschüttert werden. Wir befinden uns im
n Europas, in **gefährlicher Position,** von Feinden umgeben.
haben nur die Wahl, der mächtigste Militärstaat zu sein oder
nseren Nachbarn unterdrückt zu werden. Es ist in der Petition
reichbares Material enthalten, das wir der Regierung über-
n könnten. Wir verwahren uns aber dagegen, daß wir nicht
de des Friedens seien. Wir erhalten ihn am besten, wenn wir
e Wehrkraft stärken. Wir schließen uns dem Antrag der Petitions-
ission an. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)
nterdessen ist der **Antrag Hirsch** eingelaufen, die Petition der
rung als Material zu überweisen. **Der Antrag wird ge-**
nd unterstützt.

Abg. **Kopsch** (fr. Vp.):
wird jetzt leider fast ausschließlich **Kriegsgeschichte** gelehrt.
Kulturgeschichte thut noth. Die Frankfurter Friedensgesell-
hat den echt christlichen Gedanken der Schiedsgerichte wieder
griffen. Im Volke muß das Bewußtsein erweckt werden, daß
rieg nicht die ultima ratio ist, daß sittliche Mächte die Streitig-
der Völker entscheiden müssen. (Beifall links.)

Abg. Freiherr **v. Heereman** (Ctr.):
n der Schule muß die ganze Geschichte gelehrt werden. In der
en stehen viele schöne Redensarten. Bei der Wichtigkeit des
standes habe ich aber nichts dagegen, daß die Petition der Re-
ng als Material überwiesen wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. **v. Tzschoppe** (freik.):
r Gedanke der Schiedsgerichte gehört nicht in die Schule. Wir
ngleich ein friedliches und ein wehrhaftes Volk. Das muß im
chtsunterricht zur Ausdruck kommen. Wir sind für den Antrag
etitionskommission.

Abg. **Bartels** (kons.):
sich für den Antrag der Petitionskommission aus.

Abg. **Ehlers** (fr. Vg.)
t sich den Ausführungen des Abgeordneten v. Heereman an.
die Ueberweisung der Petition als Material können wir die
pfkraft unseres Volkes nicht schädigen. (Zustimmung links.)

Abg. **Kirsch** (Ctr.):
wäre gerechtfertigt, nur den Theil der Petition als Material
wiesen, der die Förderung der Kulturgeschichte bezweckt.

Abg. **Hirsch** (fr. Vp.)
darauf hin, daß nicht nur die Friedensgesellschaft, sondern
Kreise des Volkes hinter der Petition stehen, und befürwortet
als seinen Antrag. Sehr überfüllig sei die Belehrung des
ndeten Friedberg über Patriotismus.

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.)
ie Bemerkung des Abgeordneten Hirsch zurück. Der Abgeordnete
verstehe es wohl, mit Phrasen um sich zu werfen, er habe aber
ie Fähigkeit, andere Redner zu verstehen.
Erörterung wird geschlossen.
ch persönlichen Bemerkungen der Abgg. **v. Tzschoppe** (freik.),
(fr. Vp.), Dr. **Friedberg** (natl.), **Ehlers** (fr. Vg.), **Hirsch**
), Dr. **Friedberg** (natl.) wird der Antrag Hirsch abgelehnt
r **Antrag der Petitionskommission angenommen.**
Petition des Gemeindeschullehrers Hauschild und Gen. in
rf, Kreis Pinneberg, um andere Vertheilung der
lasten zwischen Gemeinde und Gutsbezirk Hasel-
wird nach dem Antrage der Petitionskommission der Regierung
aterial überwiesen.
e Reihe weiterer Petitionen ohne allgemeine Bedeutung wird
erörterung nach den Anträgen der Petitionskommission **erledigt**
ine **abgesetzt.**
mit ist die Tagesordnung erschöpft.
Präsident **v. Kröcher**
dem Hause vor, die nächste Sitzung am 11. April 11 Uhr an-
umen mit der Tagesordnung: Anträge der Abgg. Meyer-
Mies und Genossen betreffend das Kommunalabgabengesetz.

Am 12. April soll die Plenarsitzung ausfallen, damit die Fraktionen für die erste Berathung der **Kanalvorlage** am 13. April Stellung nehmen können. Ein Widerspruch erhebt sich nicht.
Schluß 1½ Uhr.

Herrenhaus.

7. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Miquel, Freiherr v. d. Recke, Freiherr v. Hammerstein.

Vizepräsident Freiherr **v. Manteuffel** eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung des Dankes des Präsidenten der Herrenhauses Fürsten zu Wied für die Wünsche zu seiner baldigen Wiedergenesung; der Fürst befinde sich danach wohl in fortschreitender Genesung, indessen würde es ihm noch Wochen lang nicht vergönnt sein, an den Sitzungen des Hauses theilzunehmen.

Auf Vorschlag des Gesammtvorstandes ermächtigt das Haus ferner den Präsidenten, zum Geburtstage des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst diesem seine Glückwünsche schriftlich auszusprechen.

Dem Staatsvertrage zwischen Preußen und Hamburg, betreffend Abänderung einiger durch frühere Staatsverträge getroffenen Vereinbarungen vom 25./17. Februar 1899, beantragt Berichterstatter Dr. **Giese** in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause die Zustimmung zu ertheilen.

Das Haus beschließt demgemäß.

Es folgt die **Etatsberathung.**

Die Finanzkommission beantragt, die Zustimmung zu ertheilen, und schlägt folgende Resolution vor: „Indem das Haus die im Etat enthaltenen Gehaltserhöhungen billigt, erklärt es zugleich, daß es in denselben den Abschluß dieser Bewegung sieht und die königliche Staatsregierung ersucht, weiter gehenden agitatorischen Bestrebungen entgegenzutreten", und beantragt schließlich, die Uebersicht über die Durchführung der neuen Besoldungsordnung für die Universitätsprofessoren durch Kenntnißnahme für erledigt zu erklären.

Generalberichterstatter Graf **v. Königsmarck:**

Die vom Abgeordnetenhause sehr beschleunigte Etatsberathung kommt uns leider nicht zu Gute wegen des frühen Ostertermins, und weil in der Charwoche Sitzungen zu halten nicht möglich ist. Der Etat weist besondere Abweichungen und Mehrforderungen nicht auf; auch das andere Haus hat erhebliche Aenderungen nicht vorgenommen. Der günstige Stand der Erwerbsverhältnisse in der Industrie und in den Städten hat eine reiche Zotirung des Etats ermöglicht, und für kulturelle Zwecke und außerordentliche Ausgaben haben reichliche Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Drei Punkte im Etat müssen besonders hervorgehoben werden: die Vereinigung aller Staatskassen in der Hand des Finanzministers, nachdem die Generalkasse im Kultusministerium aufgelöst ist; die vollendete Einlösung der alten 3½prozentigen Staatsschuldscheine, so daß mit dem Jahre 1900 die Verpfändung der Domänen für Staatsschulden aufhören wird; und der Abschluß der Beamtengehältererhöhung. Seit 1890 sind die Beamten mit geringeren Gehältern um reichlich 20 Prozent, die mit höheren Gehältern mit 10 Prozent aufgebessert worden. Dazu sind die Alterszulagen, die Pensionen und Reliktengelder aller Beamten, der Geistlichen und Lehrer aufgebessert. Dafür gebührt der Staatsregierung und der Nation gleicher Dank. In der Kommission wurde aber auch die Erwartung ausgesprochen, daß die Beamten durch treue Pflichterfüllung, strenge Einhaltung der Disziplin und unverbrüchliche Treue gegen den König ihren Dank abstatten werden. (Sehr gut!) Gleichzeitig wurde sodann die Hoffnung ausgesprochen, daß nach dieser durchgreifenden und reichlichen Besserung der Gehälter nun ein Stillstand bei dem Drängen nach Aufbesserung der Stellen stattfinden möge. Dem entsprechend beantragt die Kommission eine Resolution. Ich bitte, die Anträge Ihrer Kommission anzunehmen.

Graf **Mirbach:**

Er bedauere nicht, daß er im Reichstage so scharf gegen das geheime Wahlrecht aufgetreten sei, nachdem der Reichstag die Ehrung für den Fürsten Bismarck abgelehnt habe. Er habe dem Fürsten seine Ansichten nicht ausführlich vorgetragen aus Scheu, ihn zu verletzen. Um so mehr freue es ihn, in den Erinnerungen des Fürsten eine Stelle zu finden, die durchaus mit seinen Ansichten übereinstimme. Redner verliest die Stelle und fährt fort: Das geheime allgemeine Wahlrecht ist die einzige Stütze und der beste Nährboden für die Sozialdemokratie. Oeffentlich würden die Sozialdemokraten nicht hervortreten. Nähme man ihnen die Möglichkeit der Agitation in Verhandlungen, dann würde man auch ihre Organisation zerstören. Aber eine politische Partei kann die Initiative nicht ergreifen, das muß die Regierung thun, sie trägt allein die Verantwortung.

Graf **v. Klinckowström:**

Ich möchte nur dem Wunsch dieser Ausführungen hinzufügen, daß die Verhandlungen im Reichstage über das todtgeborene Kind des Herrn Rickert im ganzen Lande bekannt werden möchten. Da konnte man deutlich hören, wie es nichts **Demoralisirenderes** im öffentlichen Leben giebt als dieses **allgemeine geheime Wahlrecht.** Das konnte man an den Vorwürfen der einzelnen Parteien gegen einander erkennen. Allerdings ist die Abänderung des Wahlrechts im Reiche Sache der verbündeten Regierungen, aber ich meine auch, die Ereignisse werden die Frucht allmälig reifen lassen; sie wird reif herabfallen. Die Sozialdemokraten haben seit 1893 ihre Angriffe auf das Land gerichtet. Die Attacke auf das Land ist aber völlig abgeschlagen worden. Allerdings haben die Sozialdemokraten an Stimmen gewonnen, aber die Behauptung ist falsch, daß dieser Zuwachs nur auf Kosten der Konservativen erfolgt sei. Auch die Freisinnigen haben Stimmen verloren. Das beweisen die Zahlen in Ostpreußen. Die Sozialdemokraten verdanken ihre Erfolge nur den **maßlosen Hetzereien** in den Flugblättern und in dem sozialdemokratischen Kalender **„Der Landbote".** (Redner verliest verschiedene Stellen.) Da muß man doch fragen, wenn derartige Dinge unbeanstandet verbreitet werden dürfen: Gab es Richter, gab es Polizei, gab es Staatsanwälte zu jener Zeit, da dies verbreitet worden ist? Diese Schriftstücke werden in den großen Städten gedruckt. Die Polizei hat also doch die Pflicht, solche Dinge vorher zu lesen. Die Staatsanwälte leiden unter der Ansicht, daß ein Antrag, der vom Gericht abgewiesen, für sie eine Blamage ist; das ist falsch. Es müßte durch eine **generelle Instruktion** den **Staatsanwälten** klar gemacht werden, daß sie **die Pflicht** haben, in jedem Fall und unter allen Umständen **einzuschreiten.** Auch die **Richter** müßten durch eine **generelle Instruktion** darüber belehrt werden, daß es sich bei den sozialdemokratischen Schriftstücken nicht um **Preßvergehen,** sondern um **Aufreizung** zum **Klassenhaß** und um **hochverrätherische Umtriebe** handelt. Den Beamten muß klar gemacht werden, daß sie mit dem Anschluß an die Sozialdemokratie den Eid verletzen, den sie dem König geschworen haben, und ferner nicht Beamte bleiben können. Im **Ehrenämter** sind **Sozialdemokraten** unter keinen Umständen zuzulassen, das Kainszeichen muß ihnen auf die Stirn gedrückt werden. Die **Geistlichen** glauben ihre Pflicht gethan zu haben, wenn sie von der Kanzel steigen! O nein! Ihre Hauptthätigkeit liegt in der Seelsorge!! Die Geistlichen müssen von dem **Irrthum** geheilt werden, daß die **sozialdemokratische Partei gleichberechtigt** mit anderen ist. Auch die Lehrer müssen die heranwachsene Jugend darüber aufklären. Die Zeit ist vorüber, wo man meinen konnte, es sei besser, nicht davon zu reden. **Die Leute müssen aufgeklärt** werden. Wir müssen aber unsere Arbeiter nicht blos als Inventar betrachten, sondern auch als Menschen behandeln und für ihr Bestes sorgen. Wir haben ferner darin gefehlt, nicht dafür gesorgt zu haben, daß die Arbeiter gute, christliche und unterhaltende Lektüre haben. Die Sozialdemokraten versorgen ihre Leute reichlich mit agitatorischen Schriften. Auf diesem Gebiete muß zielbewußt gearbeitet werden. Ich persönlich bin auch der Ansicht, daß die Gesetzgebung mit einem scharfen Sozialistengesetz uns zu Hilfe kommen sollte. Wie die Dinge liegen, ist darauf zur Zeit nicht zu rechnen, aber man begreift es im Lande nicht, daß man die bürgerlichen Parteien in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie so im Stiche läßt. Sollte es einmal zu einem **Konflikt** zwischen **Reichstag und den verbündeten Regierungen** kommen, so würde unter den bürgerlichen Parteien nur eine Parole Aussicht auf Erfolg haben, das ist die: **Auf zum Kampf gegen den Umsturz!** (Lebhafter Beifall.)

Justizminister **Schönstedt:**

Es würde die Regierung freuen, wenn die Schlußworte des Grafen Klinckowström, die als Appell an die Regierung gedacht sind, von den bürgerlichen Parteien beherzigt würden. Auf den Vorwurf, den der Herr Graf gegen den Stand der Richter und Staatsanwälte erhoben hat, kann ich nicht antworten, da keine Einzelfälle vorgebracht sind. Der Herr Graf hat ja auch selbst gesagt, daß schärfere Gesetze nothwendig sind. Ein Versuch, den wir vor wenigen Jahren in dieser Richtung gemacht haben, ist vom Reichstag abgelehnt worden. Die Flugblätter der Sozialdemokraten sind sehr vorsichtig abgefaßt, so daß man sie schwer fassen kann. Aber die **Staatsanwaltschaft** in **Königsberg** geht sehr scharf vor, so ist die dortige **„Volkstribüne"** in den letzten Monaten vier- oder fünfmal beschlagnahmt worden. Daß die Staatsanwälte sich vor Stellung des Antrages fragen, ob derselbe nicht infolge früherer Gerichtsentscheidungen abgelehnt wird, ist selbstverständlich. Daher muß ich es **durchaus ablehnen,** eine generelle **Instruktion** an die **Staatsanwälte** zu erlassen, die ihnen ein Einschreiten in allen Fällen zur Pflicht macht. Noch weniger aber kann ich zusagen, eine allgemeine Anweisung an die Gerichte ergehen zu lassen. Ich glaube nicht, daß Sie im Widerspruche mit den bestehenden Gesetzen mich werden auffordern wollen, den Gerichten bestimmte Anweisungen für die Rechtsprechung zu geben. Im Allgemeinen bin ich, wie gesagt, mit dem Herrn Grafen Klinckowström durchaus einverstanden.

Minister des Innern Frhr. **v. d. Recke:**

Auch ich kann mich mit einem großen Theile der Ausführungen des Herrn Grafen Klinckowström einverstanden erklären. (Bravo!) Ich bin in meinen Anweisungen an die Behörden bis an die äußerste Grenze des Erlaubten gegangen (Bravo!), aber dahin, die Einsetzung von Sozialdemokraten in städtische Ehrenämter zu verhindern, reichen meine Befugnisse nicht. Ich kann das wohl bedauern und beklage es auch, aber ich kann dagegen nichts thun. Nach Lage der Gesetzgebung ist auch nichts gegen die Flugblätter und Preßerzeugnisse zu unternehmen. Es ist ja bekannt, mit welcher gewandten internationalen Geschicklichkeit die Sozialdemokraten ihre Flugschriften abfassen. Ich kann also nur ausdrücklich feststellen, daß die Behörden es in keinem Punkte an der nöthigen Pflichterfüllung haben fehlen lassen. (Beifall.)

Graf **Klinckowström:**

Der Justizminister hält es für unmöglich, Instruktionen an die Richter zu geben. Aber die Gesetze sind unter anderen Voraussetzungen gegeben und lassen so viel Spielraum, daß man ihre schärfere Anwendung wohl empfehlen kann.

Giese

erklärt im Namen seiner engeren politischen Freunde sein Einverständniß mit der Aufforderung des Grafen Klinckowström zum Kampf gegen den Umsturz.

Damit ist die allgemeine Erörterung zum Etat geschlossen.

Bei der Einzelberathung antwortet auf eine Anregung des Grafen Mirbach

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Es sei den Steuerbehörden kein Maximum für Abschreibungen vorgeschrieben, Beschwerden habe nicht er, sondern das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden. Auf die Entscheidungen könne er nicht einwirken. Wenn man mir zumuthet, auf 35 Millionen Mark überhaupt zu verzichten, so muß ich darauf hinweisen, wie schnell die Anforderungen an den Staat steigen. Die Steuerreform hat gerade die Landwirthe entlastet. Und von den Staatssteuern von 5 Mark pro Kopf zahlen die ostelbischen Provinzen nur 2,67 Mark pro Kopf. Unsere Einrichtungen werden von anderen Staaten zum Vorbild genommen. Die Ergänzungssteuer darf nicht aufgehoben werden. Sie besteuert den Besitz, der ohne Arbeitsleistung auf Kind und Kindeskinder vererbt wird. Die Beanstandungen und Nachprüfungen sind durchaus erforderlich. Im vorigen Jahre sind 6 Millionen Mark dadurch erzielt, die von den gewissenhaften Deklaranten hätten aufgebracht werden müssen, wenn wir sie nicht aus den unrichtigen Steuererklärungen herausgezogen hätten.

Auf eine Anfrage des Fürsten Lichnowski antwortet

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Der Nutznießer eines Fideikommisses muß, wie bei der Berathung des Gesetzes festgestellt wurde, das Fideikommißvermögen genau so in der Ergänzungssteuer versteuern, wie wenn es sein persönliches Eigenthum sei. Uebrigens will ich zugeben, daß das Einkommensteuergesetz reformbedürftig ist, nur möchte ich warnen, ohne genügende Erfahrungen eine Abänderung vorzunehmen.

Graf **Mirbach**

beklagt sich darüber, daß die Ergänzungssteuer die Landwirthschaft besonders schwer drücke. Eine Entlastung der Cenkiten im Osten ist nicht herbeigeführt. Ueber ein Drittel seines Reineinkommens hat der Grundbesitzer allein als direkte Staatssteuern abzugeben. In Ostpreußen sind 300,000 Arbeiter abgewandert. Jeder Arbeiter kostet seiner Gemeinde und seinen Eltern an Erziehung, bis er arbeitsfähig wird, 1000 Thaler. Um 500 Millionen Thaler ist das arme Ostpreußen in den letzten Jahren geschädigt. Und wer zahlt die Millionen, die aus der Spiritussteuer einkommen? Doch nur die arme Landbevölkerung.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

In den Bezirken Preußen, Posen und Pommern betrug die Einkommensteuer vor der Reform 19,688,000 Mark — ausschließlich der Städte! Im Jahr 1897/98 betrug sie nur 11,144,000 Mark. Ich sage das ungern, denn ich bin überzeugt, daß es zu Mißdeutungen gegen die Landwirthschaft Anlaß giebt. Was Preußen für Ostpreußen gethan, will ich nicht aufzählen, denn sonst möchten die anderen Provinzen neidisch werden. (Heiterkeit.) Wir können unseren Vorfahren gegenüber nur dankbar sein, daß sie in der Vermehrung der Ausgaben sehr zurückhaltend gewesen sind. Ob wir unseren Nachkommen gegenüber dasselbe Gefühl haben werden, ist die Frage. Wenn Herr Graf Mirbach so sehr das alte System empfiehlt, so meine ich, wenn wir jetzt nach seinem Wunsche zu demselben zurückkehrten, würde ich doch mit meinem jetzigen System populärer sein als der Herr Graf Mirbach mit dem alten. (Große Heiterkeit.)

Graf **v. Mirbach**

bleibt bei seinen Behauptungen. Die Bevölkerung in seiner Heimath befinde sich hinsichtlich ihres Erwerbes nicht in aufsteigender, sondern in absteigender Linie und empfinde den Steuerdruck um so schwerer.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Herr Graf Mirbach kann mich unmöglich darin widerlegen, daß ohne eine Steuermehrbelastung eine bessere Vertheilung auf tragfähigere Schultern eingetreten ist. Das hat noch Niemand unternommen, noch weniger ist es ihm gelungen. Zugegeben, daß die Lage der landwirthschaftlichen Bevölkerung bei ihm sich verschlimmert hat, so ist auch deren Steuerbelastung geringer geworden. Die Vermehrung der kommunalen Lasten ist doch keine Folge der Steuerreform!

Graf **v. Mirbach:**

Ich habe niemals von einer Mehrbelastung als Effekt der Steuerreform gesprochen, sondern nur davon, daß der Staat mit der Steuerreform ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Was ich be-

haupte, ist, daß die östlichen Provinzen bei Uebergang der Chausseen in ihren Besitz sehr schlecht weggekommen sind.

Finanzminister Dr. **v. Miquel:**

Das Letztere will ich ohne weiteres zugeben, aber die Steuerreform hat doch den drei östlichen Provinzen eine Lastenverminderung von acht Millionen Mark gebracht. Das ist doch ein ganz annehmbares Geschäft! (Heiterkeit.)

Der Etat der direkten Steuern wird genehmigt.

(Ministerpräsident Fürst zu Hohenlohe hat am Ministertische Platz genommen.)

Beim Etat der landwirthschaftlichen Verwaltung bemerkt

Fürst **Hatzfeldt:**

Die Thätigkeit der Ansiedelungskommission hat neben ihrer politischen auch eine hohe soziale und wirthschaftliche Bedeutung. Schon der Große Kurfürst und König Friedrich der Große haben in Ansiedelungen ganz Gewaltiges geleistet. Wir sollten uns diese Beispiele zum Muster nehmen und die innere Kolonisation nach Kräften unterstützen. Wir müssen die Bemühungen der Arbeiter, eine eigene Stelle zu erwerben, möglichst fördern. Täuschen wir uns doch nicht! Auch der Arbeiter will nicht mehr die Mütze ziehen vor seinem Herrn, namentlich wenn er ihm kein guter Freund ist. Die Emanzipation der Leibeigenen im Anfange des Jahrhunderts hat zwei neue Stände geschaffen: den besitzenden Bauern und den besitzlosen Arbeiter. Diesen Fehler müssen wir wieder gut machen, wir müssen dem Arbeiter zu einer Heimath, zu einem kleinen Anwesen verhelfen. Deshalb empfiehlt es sich, die Ansiedelungsthätigkeit auf alle Provinzen auszudehnen, und ich bitte die Staatsregierung, beziehungsweise gebe ihr anheim, nach dieser Richtung vorzugehen. (Beifall.)

Vicepräsident Frhr. **v. Manteuffel**

erklärt, es werde nach diesen Ausführungen angezeigt sein, auch gleich über den Etat der Ansiedelungskommission die Besprechungen auszudehnen.

Das Haus ist damit einverstanden.

v. Bemberg:

Eine Auftheilung derjenigen großen Besitze, die in ihrem Betrieb nicht mehr den modernen Anforderungen entsprechen, muß erfolgen. Nur knüpfe ich an die Schaffung der kleinen Anwesen nicht die Erwartungen, die Fürst Hatzfeldt hegt. Namentlich erhoffe ich davon keine Besserung der Arbeiterverhältnisse und der Leutenoth. Sonst stehe ich ganz auf dem Boden der Ansichten des Fürsten Hatzfeldt, namentlich aus nationalpolitischen Gründen.

Landwirthschaftsminister Freiherr **v. Hammerstein:**

Eine Aeußerung des Staatsministeriums zu dieser Anregung liegt noch nicht vor. Die Regierung ist aber der Frage bereits näher getreten, ob aus wirthschaftlichen Gründen die Thätigkeit der Ansiedelungskommission, die in Posen und Westpreußen aus politischen Gründen eingesetzt ist, auf die anderen östlichen Provinzen ausgedehnt werden könnte. Eine bessere Vertheilung des Grund und Bodens läßt sich wohl dadurch erreichen, dagegen ist eine Beseitigung der Leutenoth nicht zu erwarten. Die Erfahrungen, welche wir mit der Ansiedelungskommission gemacht haben, sind durchaus günstig, und eine Ausdehnung der Aufgaben derselben auf die anderen östlichen Provinzen dürfte sich bei einer etwaigen Bewilligung von 100 Millionen auch für diese Zwecke ganz entschieden empfehlen. Es würde dies höchstens pro Jahr eine Ausgabe von 1 Million Mark ausmachen. Also damit könnte ich mich ganz einverstanden erklären. Es könnten ja auch Angehörige anderer Staaten, zum Beispiel Oesterreicher, wenn sie sich auf deutschnationalen Standpunkt stellen, zur Ansiedelung zugelassen werden. Dabei dürfte allerdings eine Beseitigung des Großgrundbesitzes in den Ostprovinzen nicht in den Plan einbegriffen sein, denn dieser ist und bleibt der Pionier, das Vorbild, das Rückgrat für den kleineren und mittleren Grundbesitz in politischer und wirthschaftlicher Beziehung. Ich bitte aber, wohl zu beachten, daß dies nur meine persönlichen Erwägungen sind. Allerdings bin ich der festen Ueberzeugung, daß sich das Staatsministerium der Prüfung dieser Fragen, zumal sie von einem so hervorragenden Mitgliede dieses hohen Hauses angeregt worden sind, nicht wird entziehen können. (Lebhafter Beifall.)

Der Etat wird hierauf bewilligt.

Bei dem Etat des Finanzministeriums wird die Eingangs mitgetheilte Resolution betreffend Gehaltserhöhung einstimmig angenommen.

Beim Etat des Kriegsministeriums wird der Antrag v. Below-v. Manteuffel angenommen: Das Herrenhaus wolle beschließen: „Die königliche Staatsregierung wird ersucht, dahin zu wirken, daß seitens der Militärverwaltung nicht mehr wie bisher bei Einkäufen von landwirthschaftlichen Produkten die kommunalen Marktnotizen des bezüglichen Garnisonortes zu Grunde gelegt werden, sondern die Notizen der landwirthschaftlichen Centralstelle, und zwar so lange, wie amtliche Börsennotizen für die betreffenden Gegenden ausstehen."

Beim Etat des Ministeriums des Innern bemerkt

Graf **v. Hutten-Czapski:**

Es ist ganz selbstverständlich, daß Sozialdemokraten in Kriegervereinen nicht Mitglieder sein können, denn sie haben das Bestreben, das Bestehende zu zerstören. Aus diesem Grunde hat man nun den Kriegervereinen den Vorwurf gemacht, sich mit Politik zu befassen. Dieser Vorwurf ist völlig umgerechtfertigt; denn man wehrt sich in den Vereinen nur gegen Feinde der Mannesehre. Mitglieder der freisinnigen Volkspartei darf man, weil diese sich formell auf dem Boden der bestehenden Gesetze bewegt, nicht den Sozialdemokraten in Bezug auf die Theilnahme an Kriegervereinen gleich stellen. Ich hoffe, daß das Ministerium des Innern die Behörden dahin verständigen wird, daß alle bürgerlichen Parteien zur Theilnahme an Kriegervereinen berechtigt sind.

Der Etat wird **genehmigt,** ebenso die folgenden.

Eine Erörterung entwickelt sich erst wieder beim Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Bender-Breslau

verlangt bei jeder Regierung einen mit dem gewerblichen Fortbildungsschulwesen vollständig vertrauten Schulmann und die berufsmäßige Vorbereitung von Lehrkräften für die Zwecke des fakultativen Unterrichts an den Fortbildungsschulen.

Handelsminister **Brefeld:**

Das Fortbildungsschulwesen bedarf noch mancher Verbesserung. Aber Fachmänner in der Centralstelle haben wir genug, wir haben zur Zeit drei. Bei den Regierungen werden wir für je drei Regierungsbezirke einen Sachverständigen für das gewerbliche Fortbildungsschulwesen anstellen. Ob wir zur Ausbildung der Lehrer für solche Schulen besondere Anstalten einrichten werden, darüber ist noch kein Beschluß gefaßt.

Der Etat wird **bewilligt.**

Bei dem Etat der Oberrechnungskammer fragt

Graf **v. Hutten-Czapski**

an, ob man dem Präsidenten der Oberrechnungskammer, der mit den Oberpräsidenten früher im Gehalt gleichgestanden, nicht die 3000 Mark Zulage erhalten könne, die die Oberpräsidenten erhalten.

Finanzminister Dr. **v. Miquel**

erwiedert, die Präsidenten der Oberrechnungskammer hätten keine Repräsentationspflichten, die eine solche Zulage erforderlich machten. Auch möchte er nicht wieder mit Gehaltserhöhungen beginnen, nachdem die Besoldungsverbesserung eben abgeschlossen sei.

Graf **Zieten-**Schwerin

spricht sich in demselben Sinne aus.

Der Etat wird weiter nicht beanstandet. Nach Erledigung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten wird die weitere Berathung auf Freitag 11 Uhr vertagt.

Schluß 3/4 5 Uhr.

Die Censur in Finland.

(Von einem gelegentlichen Mitarbeiter.)

Abo, im März.

Nachdem der neue Generalgouverneur Bobrikow sein Amt angetreten, haben sich die Censurverhältnisse in Finland schwieriger gestaltet, als je vorher. Auf Grund der geltenden Preßverordnung besitzt der höchste Landeschef eine beinahe souveräne Macht über die Zeitungspresse. Er hat zum Beispiel das Recht, wenn es ihm einfällt, das Erscheinen einer Zeitung zeitweise oder für immer zu verbieten oder, wenn es ihm gefällt, die von ihm abhängende Erlaubniß zur Gründung neuer Zeitungsunternehmen zu verweigern. Die heftige Bewegung, die das letzte Manifest des Zaren im ganzen Lande hervorgerufen hat, veranlaßte den Generalgouverneur, einige Proben der Rücksichtslosigkeit zu liefern, mit der er bereit ist, seine Gewalt gegen die Zeitungen zu gebrauchen, um zu verhindern, daß auch der allergeringste Schein eines Tadels oder einer Kritik der allerhöchsten Maßregel vor die Oeffentlichkeit tritt.

Schon früher wurde der Zeitung „Ostie Finland" wegen einiger recht unschuldiger Betrachtungen über die gegenwärtige Lage im Lande auf Veranstaltung des Generals Bobrikow das weitere Erscheinen untersagt. Und alle Versuche, das verbotene Blatt durch ein anderes zu ersetzen, scheiterten bisher an der bestimmten Weigerung des Generalgouverneurs, die Gründung neuer Preßorgane zu gestatten. Seitdem hat das Damoklesschwert des Verbotes immerdrohend über verschiedenen Zeitungen gehangen, obgleich die Drohung bisher nur in Warnungen bestand, die den Blättern ertheilt wurden, welche am offensten das Prinzip der Gesetzlichkeit zu vertheidigen wagten. Solcherweise erhielt ein bedeutendes politisches Organ des Landes, „Nya Pressen", jüngst eine strenge Warnung anläßlich einer Artikelserie „Rechtliche Gesichtspunkte in den Tagesfragen", worin die durch Regenteneid garantirten Rechte des finnländischen Volkes sachlich und ohne Leidenschaft behandelt wurden. Bezeichnend für die Feindseligkeit, mit der die russischen Behörden die Autonomie Finlands betrachten, ist die Thatsache, daß vor nicht langer Zeit eine Ausgabe der auch von dem jetzt regierenden Kaiser ohne Vorbehalt bestätigten Grundgesetze Finlands von der Censur im Kaiserreich mit Beschlag belegt wurde. Täglich streichen die Preßbehörden eine Menge Artikel und Notizen in der finländischen Presse.

Hierbei herrscht die vollständigste Willkür, und die unschuldigsten Sachen können als „gefährlich" bezeichnet werden. Es kommt vor, daß derselbe Aufsatz in einer Zeitung die Censur passirt, in einer anderen aber gestrichen wird. Hierfür mag ein ganz frisches Beispiel angeführt werden: Eine vom finländischen Staatsmanne J. W. Snellman verfaßte, 1846 in der von ihm herausgegebenen Zeitung „Suomi" veröffentlichte und in seinen nachgelassenen Schriften wieder abgedruckte Betrachtung darüber, was man von einem „Mann von Ehre" verlangt, wurde neulich von einer Morgenzeitung in Helsingfors reproduzirt; als aber eine ebendort erscheinende Abendzeitung an demselben Tage diesen in ganz allgemeinen Ausdrücken gehaltenen Aufsatz über allerorten anerkannte moralische Begriffe auch ihren Lesern zu Gemüthe führen wollte, wurde er von der Preßbehörde gestrichen.

Nach dem vom General Bobrikow in Finland eingeführten Regime ist es also gefährlich, von Charaktereigenschaften zu reden, die nach der Ansicht aller gebildeten Völker „jeden Mann von Ehre" kennzeichnen. Daß auch das Wort Gottes als staatsgefährlich angesehen werden kann, geht daraus hervor, daß in diesen Tagen der Druck eines kleinen Plakats verboten wurde, das eine Sammlung Bibelsprüche über die Pflichten von Königen und Fürsten enthielt. Aus dem Angeführten dürfte hervorgehen, daß die im Lande bestehenden Censurbehörden es nicht an Amtseifer fehlen lassen. Aber in General Bobrikows Augen hat die finländische Presse noch viel zu freie Hände. Er hat deshalb Anstalten getroffen, die Grenzen des Rechts der freien Meinungsäußerung noch enger zu ziehen. Zu dem Zweck hat er eine außerordentliche Behörde, ein berathendes Preßkomitee, eingesetzt, das ihn beim Ueberwachen der Zeitungen unterstützen und speziell diejenigen Blätter denunziren soll, die sich einer „Kritik der Regierungsmaßregeln oder einer unrichtigen Deutung des Verhältnisses Finlands zum Kaiserreich" schuldig machen. Außerdem suchte er die Machtsamkeit der Censoren durch neue strenge Verhaltungsmaßregeln anzuspornen, nach welchen es unter anderem den Zeitungen verboten ist, aus der Geschichte anderer Länder irgend was für Schilderungen zu veröffentlichen, die als Anspielungen auf die gegenwärtige Lage oder die jüngsten Ereignisse in Finland gedeutet werden könnten. Durch derartige Mittel glaubt General Bobrikow die Annäherung des finländischen Großfürstenthums an Rußland fördern zu können. Er vergißt aber, daß Unterdrückung und Willkür überall Unwillen und Opposition hervorrufen, und daß dies nicht zum wenigsten in Finland der Fall sein wird, wo das Volk seit Jahrhunderten unter geordneten gesellschaftlichen Verhältnissen gelernt hat, Gesetz und Recht zu achten. Diesen wichtigen Umstand übersieht auch die Gruppe hoher Würdenträger im Kaiserreich, die gegenwärtig die „finländische Frage" in die Hand genommen hat, und deren eifriges und williges Werkzeug der Generalgouverneur ist. Sie sehen nicht ein, welchen ungeheuren politischen Fehler sie begehen, indem sie, nur um ein vollkommen unfruchtbares politisches Uniformirungsideal zu verwirklichen, ein treues, ruhiges und mit seinem Schicksal zufriedenes Volk mit Gewalt in eine wirthschaftlich und politisch ruinirte und in ihrem Innersten gekränkte Nation verwandeln wollen. Zäher als sie werden die Finländer jetzt auf der Unantastbarkeit ihrer nationalen und kulturellen Sonderstellung bestehen, denn sie sind sich dessen wohl bewußt, daß die Siege, die Gewalt und Unrecht erringen, den Keim der Vergänglichkeit in sich tragen.

Die Selbstablösung der Betriebsrechtswerthe der Apotheken.

Man schreibt uns aus pharmazeutischen Kreisen:

„Die Mißstände in unserem deutschen Apothekenwesen haben nach und nach in den weitesten Kreisen eine wachsende Unzufriedenheit hervorgerufen. Die Kaufpreise der Apotheken sind zu einer ungeheuren Höhe hinauf spekulirt worden, die einerseits die Ertragsfähigkeit bis zur Unrentabilität beeinträchtigt, andererseits die nothwendige Erniedrigung der Arzneimitteltaxe verhindert.

Die Besitzer der kleineren Landapotheken können kaum mehr die Zinsen der zu hohen Kaufsummen erschwingen. Infolge einer regen Agitation gelang es ihnen, die preußische Regierung zu einer nicht unbedeutenden Erhöhung der Arzneimitteltaxe zu bewegen. Doch dies hat nur die Bedeutung eines Tropfen Wassers auf einen heißen Stein!

Die sollten sich aber auch unter den jetzigen Umständen die Apotheken rentiren!?

Sie werden mit dem Sieben- bis Zehnfachen des Jahresumsatzes bezahlt, und dabei erwerben sich die Käufer so unsichere Rechtstitel, daß sich keine Hypothekenbank findet, die auf eine Apothekenhypothek Geld ausleiht, wenn sich die gesuchte Summe nicht innerhalb des Hauswerthes befindet. Die meisten Apotheken Deutschlands sind im Grunde genommen persönliche Konzessionen, bei deren Verleihung dem Empfänger gestattet wurde, einen Nachfolger vorzuschlagen. Für dieses Vorschlagsrecht werden heutzutage die ungeheuren Summen gezahlt, denn die Regierungen haben bis auf wenige F[illegible] immer zugestimmt. Wenn nun einmal ein anderer Mo[illegible] eingeschlagen und wählerischer bei der Auswahl des N[illegible] folgers seitens der Behörden vorgegangen würde, so w[illegible] sofort der Kaufpreis im Sinken, und damit ein Theil [illegible] jetzigen Werthes des Kaufobjektes verloren.

Es ist deshalb kein Wunder, daß diese Apothekenhypothe[illegible] welche Ideal-, das heißt Phantasiewerthe repräsentiren, deren [illegible] so hoch wie andere sichere Hypotheken, deren reale und r[illegible] Werthe zu Grunde liegen, verzinst werden müssen.

Die Mißstände, welche aus den beschriebenen unsol[illegible] wirthschaftlichen Grundlagen des heutigen Apothekenwe[illegible] entspringen, gereichen Jedermann zum Schaden. Der Apoth[illegible] Seine Gehilfen, die alle leiden unter ihnen.

Der Apotheker, wenn er sich selbstständig gemacht, [illegible] least das Publikum.

Der Apotheker, wenn er sich selbstständig gemacht, [illegible] sich zu diesem Zwecke in ein Schuldenmeer stürzen mu[illegible] dessen Wogen ihm über dem Kopfe zusammenzuschlagen dro[illegible] Lohnen, denn dieser giebt seine Hauptein nahmen [illegible] Hypothekengläubigern als Zins.

Von allen Seiten zeigen sich natürlich bei so kriti[illegible] Zuständen Reformbestrebungen, und einer der hochbedeutsa[illegible] welche von den maßgebenden Kreisen der Reichs- [illegible] preußischen Staatsregierung ausgeht, wollen wir hier [illegible] sprechen. Sie ist erst seit einer Woche in den Vordergr[illegible] der Tagesinteressen getreten.

Es ist merkwürdig, wie die politische Tagespresse bis [illegible] einen so wichtigen Vorgang unbeachtet ließ, obgleich [illegible] Theilnahmslosigkeit zur Folge haben kann, daß das so be[illegible] same Problem in reaktionärer und nicht in einer, dem mod[illegible] Staate zweckentsprechenden Form gelöst werden könnte.

Das Verfahren, das zur Ablösung der Apothekenu[illegible] benutzt werden soll, hat sich in Schwoben schon bewähr[illegible] liegt ihm eine genossenschaftliche Amortisation der Apoth[illegible] betriebswerthe durch die Apothekeninhaber zu Grunde.

Die Hauptträger der Idee in Deutschland sind zur [illegible] der gegenwärtig Dezernent für Apothekerangelegenheit[illegible] Kultusministerium, Herr Geh. Rath Pistor, sein Hilfsar[illegible] und Vorstand des Deutschen Apothekervereins, Herr Frö[illegible] und Herr Apotheker Linke, Verwalter der Apothek[illegible] Krankenhauses Friedrichshain in Berlin.

Die näheren Bestimmungen sind noch nicht mitge[illegible] doch es wird schon gesagt, daß für die Ablösung ein Zeit[illegible] von 40 Jahren in Aussicht genommen wird.

Jedenfalls ist es wichtig, daß die Verhandlungen [illegible] etwa nur seitens der Regierung und der Apothekeni[illegible] geführt werden, sondern es ist von größter Bedeutu[illegible] daß der Reichstag respektive Landtag sein Wörtchen mi[illegible] Ein Zusammenwirken der Regierung mit den Apot[illegible] besitzern ohne die Parlamente würde zu einer reaktio[illegible] Lösung der Frage in Gestalt von Liebesgaben an die [illegible] führen! Die Interessen der Richtbesitzer unter den Apot[illegible] und des Publikums würden vernachlässigt. Die Regier[illegible] müssen den Forderungen der Apothekerbesitzer geg[illegible] einen Nachhalt an den Abgeordneten finden, dam[illegible] gute Absicht der Regierung, einen ganzen Stand aus [illegible] gefährdeten Lage zu retten, gelingen möge! Um auf [illegible] nothwendige Mitwirkung unserer Parlamente hingu[illegible] darum wurden diese Zeilen geschrieben. Mögen sie der [illegible] Sache wegen nicht unbeachtet bleiben!"

* * *

Zu diesen Auseinandersetzungen seien noch folgen[illegible] merkungen aus der „Pharmazeutischen Ztg." angefügt:

„Wie es den Anschein hat, soll das laufende Jahr[illegible] nun doch nicht zum Abschlusse kommen, ohne daß ein[illegible] licher Versuch zur Regelung der Apothekenfrage gemach[illegible] Und zwar soll mit der Ablösung der Apothekenwer[illegible] gonnen werden. Offiziös wird geschrieben: Bei der [illegible] gesetzlichen Lösung des Apothekenwesens besteht die Sch[illegible] keit darin, daß eine einheitliche Gestaltung der Betrieb[illegible] durchgeführt wird, ohne die berechtigten Ansprüche [illegible] sitzer der bisher verkäuflichen Rechte zu schädigen. Zu [illegible] Zwecke ist von verschiedenen Seiten der Vorschlag g[illegible] worden, eine Selbstablösung dieser Werthe durch die Ap[illegible] mit Hilfe eines Amortisationsfonds unter [illegible] licher Leitung und Förderung vorzunehmen [illegible] dem Gesichtspunkte ausgehend, daß eine solche Ablös[illegible] Vorbedingung für jede Neuregelung sein müßte, [illegible] Vorstand des deutschen Apothekervereins be[illegible] die Vereinsmitglieder zu einer Aeußerung darüber zu [illegible] lassen, ob sie ein Zusammenwirken der Apothekenbes[illegible] den staatlichen Organen zum Zwecke einer Ablösu[illegible] wünschenswerth halten."

Sozialpolitische Mittheilungen.

Innere Kolonisation.

X **Die Besiedelung der Haide** erfährt neuerdings [illegible] merkenswerthe Förderung durch die Regierung in Stade. [illegible] zur Oberförsterei Rotenburg gehörigen Moor- und Haidel[illegible] sind seit vorigem Jahre, einer Mittheilung des „Prakt. [illegible] Nr. 52 vom 30. Dezember v. J., zufolge, bereits fünf neu [illegible] stellen auf verpachtetem Lande erbaut und bezogen, und we[illegible] siedelungen sind in Angriff genommen. Vier dieser Ansi[illegible] befinden sich auf dem mit der Moorkolonie zusammenhängend[illegible] moor des Forstortes Luhne auf Rotenburger Flur. Die [illegible] erhalten das umkultivirte Moor in einer Fläche von 2, [illegible] und zu einem jährlichen Pachtgeld von 3 Mark. [illegible] kultur ist nur während des ersten Pachtjahres gestat[illegible] Pächter verpflichten sich, während des ersten Pachtja[illegible] dem Pachtgrundstücke an einer von dem Revualter [illegible] försterei näher bezeichneten Stelle ein einfaches, aber solides [illegible] mit Scheune und Stall unter einem Dache zu errichten; [illegible] anschlag nebst Zeichnung bedarf der Zustimmung der ver[illegible] Behörde. Zur Bestreitung der Kosten für die Errichtung [illegible] schlagten Baulichkeiten wird dem Pächter ein Darlehen von [illegible] gegen 3 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation gew[illegible] Zinsen und Tilgungsbeträge belaufen sich demnach pro [illegible] 60 Mark. Da die Pächter in der Regel bei der Errichtung [illegible] bäude selbst kräftig mit Hand anlegen, reicht meistens das [illegible] Darlehen zur Bestreitung der Baurauslagen aus. Ein [illegible] Vermögen von vielleicht 500 bis 600 Mark genügt voraus[illegible] nothwendige Wirthschaftseinrichtung zu beschaffen, so daß all[illegible] strebsamen Arbeiter die Möglichkeit zur Gründung eine[illegible] Hausstandes geboten wird.

X Die **Maurer** in **Erfurt** haben den Unternehmer[illegible] nächste Saison folgenden Lohntarif unterbreitet, den wir [illegible] hier mittheilen: 1. Die Arbeitszeit beträgt vom 15. März [illegible] tober 10 Stunden, vom 15. Februar bis 15. März und [illegible] tober bis 1. November 9 Stunden, vom 1. November bis 1. [illegible] und vom 15. Januar bis 15. Februar 8½ Stunden und [illegible] zember bis 15. Januar 7½ Stunden. 2. Der Minimallohn [illegible] 40 Pfennig. Junggesellen bis zu zwei Jahren nach dem [illegible] sollen nicht unter 32 Pfennig erhalten. An den Vorab[illegible] Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist eine Stunde früher [illegible]

geben. Lohnabzug findet für diese Stunde nicht statt. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Nothfällen stattfinden und kosten r Stunde 5 Pfennig mehr. Ueberstunden nach 9 Uhr gelten als achtarbeit, für diese ist der doppelte Lohn zu zahlen. 3. Wasserbeiten sollen um mindestens 20 Pfennig besser bezahlt werden. hurmarbeit kostet 10 Pfennig per Stunde mehr und ist nur f Gerüsten auszuführen. Schwarze und Abortgrubenarbeit ll ebenfalls mit doppeltem Lohn gezahlt werden. Steinhauerbeiten sollen nach dem Tarif der Steinhauer bezahlt werden. Putzbeiten werden mit fünf Pfennig mehr bezahlt. 4. Im Akkord wird cht gearbeitet. 5. Baubuden sollen zugfrei und wasserdicht sein. i Arbeiten außerhalb des Stadtkreises muß der Weg, eventuell die senbahnfahrt mit bezahlt werden. Auf jedem Bau ist ein Kasten it Verbandzeug anzubringen. Daß viele der von den Arbeitern stellten Forderungen durchaus berechtigt sind, geht auch daraus rvor, daß einzelne Landesregierungen die Forderungen r Arbeiter zu den ihrigen machen. So hat die Anhaltische egierung in einer landespolizeilichen Verordnung bestimmt, daß r innere Ausbau bei Neubauten während der Wintermonate nicht rgenommen werden dürfe, wenn nicht die Thür- und Fensternungen so versetzt oder geschlossen sind, daß durch dieselben ein ftzug nicht stattfindet. Ferner darf in Räumen, in denen offene ksfeuer ohne vollständige Ableitung der entstehenden Gase brennen, cht gearbeitet werden.

• Kinderarbeit in Langenbielau. Der größte Weberort im lesischen Gebirge, so lesen wir in der „Sozialen Praxis“, hat recht lagenswerthes Material zu dieser Frage geliefert. Zwar waren n den vorhandenen Volksschulen nur zu zwei Drittel die Angaben ngegangen, aber diese Zahlen genügen leider schon mehr als nothendig, um die Richtigkeit der Behauptung von der Uebertragung r Kinderarbeit aus der Fabrik in das Elternhaus zu erweisen. Erulich ist es, daß jüngere Kinder weniger herangezogen wurden. n 2104 waren 1130. das heißt 53 Prozent, erwerbsthätig. An den zelnen Schulen zwischen 63 und 51 Prozent schwankend, erreicht er den höheren Klassen 88 bis 90 vom Hundert. Es ren als Spuler thätig 842, mithin fast 75 Prozent sämmtlicher nder, 34 als Kammstricker, Tücherknüpfer, Haspler. Der Lohn als uler beträgt wöchentlich 30 Pf. bis 180 Pf., beim Tücherknüpfen Pf. Ueberhaupt beträgt der Durchschnittsverdienst der industriell beäftigten 65 Pfennig. Diesem steht gegenüber ein Verdienst in landrthschaftlichen Arbeiten von 1,50 Mark und darüber. Vom Rest r Kleinen (108 = 9¾ Prozent) wurden mehrere zwei- und mehrfach, se gegen — Bier, andere gegen Kleidung, dritte gegen Essen beäftigt. Beginnt die Arbeitszeit auch bei den meisten um 1 Uhr ittags, so finden wir doch 100 von ½6 oder 6 Uhr, 44 von 5 Uhr d 1 von 4 Uhr Morgens jeden Tag der Woche arbeitend. türlich finden wir wieder Anmerkungen, bis ½3 Uhr Morgens, ch 10 Uhr Abends. Welchen Segen die Sonntagsruhe für die nder bedeutet, geht daraus hervor, daß 933 nur 6 Tage arbeiten, dagegen 7. Beschäftigt sind 329 wöchentlich 37 bis 40, wöchentlich 40 bis 50, und 18 wöchentlich 50 bis 60 Stunden. r bei 72 Kindern war die Nothwendigkeit in Abde gestellt, für 637 war der Nothstand die leinige Ursache. Dazu erfahren wir, daß bisweilen 50 Prozent r Schüler unversetzt bleiben, wozu natürlich auch andere Umstände tragen. Kommen doch auf einen Lehrer 126 bis 140 hüler! Ein Lehrer schreibt, daß die „eben ermunterten Kinder mer wieder in sich zusammensinken“. Was sagen die Herren inister Bosse und v. d. Recke zu derartigen Entsetzen erregenden ständen? Der letztgenannte Herr Minister hat ja neuerdings durch nen Erlaß an die Bezirksregierungen aufgefordert, den Ursachen r die Zunahme sozialdemokratischer Wählerstimmen nachzuforschen d alsdann an die Centralstelle zu berichten. Hier hat der Herr inister nicht weit nach einer Zuleitungsquelle für sozialdemokratische ahlstimmen zu suchen: sie liegt hier offenkundig zu Tage.

Offener Sprechsaal.

Der Wohnort der Beamten.

u dieser Frage geht uns das nachfolgende Schreiben mit der um Veröffentlichung zu:

egelmäßig wie der Winter, in dem die Vereinsthätigkeit der ner Hausbesitzer ihre schönsten Blüthen treibt, kehrt in den n Jahren die Frage betreffend den Wohnsitz der Beamten er. Es wird verlangt, daß diejenigen Beamten, deren amtlicher nsitz Berlin ist, auch thatsächlich in Berlin wohnen.

Um diese Forderung auf ihren richtigen Werth zurückzuführen, rfe ich hier drei Fragen auf: 1. Wer stellt die Forderung? 2. Aus lchen Beweggründen wird dieselbe gestellt? 3. Ist die Forderung etzlich begründet oder auch nur aus Billigkeitsgründen anzuennen?

Hinsichtlich der ersten Frage besteht wohl kein Zweifel, daß die orderung nur von Berliner Hausbesitzern aufgestellt wurde. Und die Beweggründe? — Andauernd steht eine große Anzahl von ohnungen leer. Der Miethsausfall für diese Wohnungen bedeutet nen baaren Verlust für die betroffenen Eigenthümer, und um diesen rlust zu vermindern oder aufzuheben, wird von den „außerhalb“ ohnenden Beamten verlangt, daß sie in die leerstehenden Räume ziehen. Der Beweggrund zu der erhobenen Forderung ist also ffer Eigennutz.

Aber wie die Forderung durchsetzen? Selbst der dringlichsten Einung, in die leerstehenden Wohnungen einzuziehen, würde von den amten, die ja ihre triftigen Gründe bei der Wahl ihrer jetzigen ohnungen hatten, nicht Folge geleistet werden. Doch halt! Willst nicht willig, so brauch' ich Gewalt. Die Behörde muß die Beten zwingen, in Berlin zu wohnen.

Damit wäre die dritte Frage angeschnitten. Der § 92 Thl. II, . X Allg. L. lautet: „Kein Beamter darf den zur Ausübung seines tes ihm angewiesenen Wohnort ohne Vorwissen und Genehmigung ner Vorgesetzten verlassen.“ Daß durch diese Bestimmung nur das nstliche Interesse gewahrt werden soll, finden wir in vielen Vorngen bestätigt. Der amtliche und thatsächliche Wohnsitz der Beten sind zwei landläufige Begriffe. Ohne Zweifel hat jede hörde das Recht, ihren Beamten die Erlaubniß zum Wohnen erhalb ihres amtlichen Wohnsitzes im dienstlichen Interesse versagen. Glaubt die Behörde jedoch, von diesem Rechte nen Gebrauch machen zu müssen, so stellt sich jede Einkung dritter Personen auf die Behörde, aus anderen als nstlichen Gründen den Beamten die Erlaubniß zum Wohnen „außerb“ zu versagen respektive zu entziehen, als ein unberechtigter Einff in die persönlichen Rechte und Freiheiten der Beamten dar, der hl nie Erfolg haben, jedoch stets gerechte Entrüstung und Erbitteg hervorrufen wird.

Als Mittel zum Zweck ist zwar auch versucht worden, das dienste Interesse und selbst das Gemeinwohl für die Forderung geltend machen. Das kann aber bei jedem Unparteiischen, der die Verltnisse in und um Berlin kennt, nur ein Lächeln hervorrufen. Was Beamten weniger angreift, eine kurze Fahrt auf der Eisenbahn r der Weg zu Fuß vom Kottbuser Thor oder Gesundbrunnen, n dahin gestellt bleiben. Wie man aber von einer Förderung des meinwohles reden kann, die doch nur auf dem Papier steht, indem n zu gleicher Zeit eine große Anzahl seiner Mitbürger zu vergewaltigen sucht, das erklärt vielleicht Graf Oerindur!

Auf noch schwächeren Füßen steht die weitere Begründung der rderung, speziell die städtischen Beamten betreffend. — Weil die ttel für deren Gehälter von den Gemeindemitgliedern, also anilig von den Beamten selbst aufgebracht worden sind, sollen die amten besonders und ausnahmsweise verpflichtet sein, diese Gehälter erhalb des städtischen Weichbildes zu verzehren? Unglaublich! t demselben Rechte könnte diese Verpflichtung, wie die Redaktion „Berliner Tageblattes“ seinerzeit zutreffend bemerkte, sämmtlichen ndwerkern, Kaufleuten, Arbeitern 2c. auferlegt werden. Wer ägt den Lebensunterhalt für die Hausbesitzer auf? Die rger, die Miether. Laut Adreßbuch verzehren aber rund 1600 useigenthümer ihre Revenüen „außerhalb“. Ist es schon mal Jemandem eingefallen, den Schaden zu berechnen, den die meinde hierdurch hat? Wie kann überhaupt von einem Schaden Rede sein, wo keine Verpflichtung gegenübersteht? Sind schließlich Beamten Bürger zweiter Klasse, daß sie ihr bischen Geld, mag es men, woher es will, nicht verzehren können, wo sie es für gut den, gleich jedem anderen Bürger?

Das „Grundeigenthum“ meint, mit den von den Gegnern der rderung gebrauchten Phrasen könne eine so tief ins materielle n einschneidende Frage nicht beseitigt werden. Ja, in wessen Leben schneidet denn diese Frage tief ein? Merkbar einzig und allein in dasjenige der Beamten.

Die Mehrzahl der Berliner Hauseigenthümer wird übrigens für die Forderung gar nicht zu haben sein. Was könnten sie denn auch erwarten von dem einmaligen Zuzuge der zur Zeit „außerhalb“ wohnenden Beamten? Selbst jeder Anhänger der Idee wird wohl nur das dunkle Gefühl haben, daß einer der Beamten gerade in seine leerstehende Wohnung ziehen könnte. Oder gedenken die Herren, einen Ausschuß einzusetzen, der die Beamten nach Anzahl der leerstehenden Wohnungen auf die Hausbesitzer vertheilt?

Alljährlich ziehen viele Tausende in Berlin zu, ohne daß sich die Zahl der leerstehenden Wohnungen dadurch merklich verringert. Das Angebot wird auch hier, wie überall im gewerblichen Leben, durch Nachfrage geregelt. Leerstehende Wohnungen sind das natürliche Bild in einer sich entwickelnden Weltstadt, und wenn sich die Zahl derselben einmal etwas verringert, gleich wird in großen Versammlungen die vorhandene „Wohnungsnoth“ besprochen.

Also: „Man rege sich und Andere nicht unnützer Weise auf.“

Zum Schluß muß ich noch den Wohnungsgeldzuschuß erwähnen. Manchem städtischen Beamten wird das Wasser im Munde zusammengelaufen sein, wenn in den Artikeln zur Begründung der oben besprochenen Forderung von für Berlin berechneten Wohnungsgeldzuschüssen die Rede war. Die städtischen Beamten erhalten nämlich überhaupt keinen Wohnungsgeldzuschuß. Derselbe soll angeblich mit im Gehalte liegen. Eine Trennung der Bezüge der Beamten in Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß wird von den Gemeindebehörden jedoch ängstlich vermieden, denn alsdann würde es nicht heißen: das Anfangsgehalt der Assistenten und Sekretäre beträgt 1700 resp. 1800 Mark, sondern das Anfangsgehalt beträgt 1160 resp. 1260 Mark. Einer so geringen Einschätzung der Thätigkeit der städtischen Büreaubeamten aber müßte sich die Haupt- und Residenzstadt des deutschen Reiches ja schämen. Ein derartig karg bemessenes Anfangsgehalt für Büreaubeamte giebt es auch kaum noch im deutschen Reiche. Selbst unsere junge Nachbarstadt Schöneberg zahlt 2050 Mark Anfangsgehalt.

F. zur Oewefte, Magistrats-Büreauassistent.

(Anm. d. Red. Man mag in manchem Punkte mit dem verehrten Einsender nicht der gleichen Ansicht sein. Allein in dem Kerne trifft er unbedingt das Rechte. Nur ein engherzig-kommunalfiskalischer Standpunkt kann Kommunalbeamte zwingen wollen, ihre Wohnung innerhalb eines Stadtweichbildes nehmen zu müssen, ohne Rücksicht auf den Miethspreis und die Zweckmäßigkeit der betreffenden Wohnungen.)

Personal-Veränderungen in der königl. Preußischen Armee.

Nieland, Hauptm. und Komp. Chef im Gren. Regt. König Friedrich I. (4. Ostpreuß.) Nr. 5, als Adjutant zur 36. Div. kommandirt. Wilzer, Oberlt. in demselben Regt., unter Beförderung zum Hauptm., zum Komp. Chef ernannt. v. Webern, Major aggreg. dem Inf. Regt. von Courbière (2. Posen.) Nr. 19, als Bats. Kommandeur in das Gren. Regt. (1. Schles.) Nr. 10, Rübesamen, Major und Komp. Chef an der Hauptkadettenanstalt, als aggregirt zum Inf. Regt. (2. Posen.) Nr. 19, v. Roerdansz, Hauptm. und Komp. Chef im Füs. Regt. (Brandenburg.) Nr. 35, zur Hauptkadettenanstalt versetzt. Lindenau, Hauptm. à la suite desselben Regts. und Militärlehrer am Kadettenhause in Oranienstein, als Komp. Chef in das Regt. eingereiht. v. Wunsch, Major z. D., zuletzt Bats. Kommandeur im Inf. Regt. (8. Brandenburg.) Nr. 64, zum Kommandeur des Landw. Bezirks Soest ernannt. v. Windheim, Major aggreg. dem Leib-Gren. Regt. (1. Brandenb.) Nr. 8, als Bats. Komm. in das Oldenb. Inf. Regt. Nr. 91, Dernen, Major im Inf. Regt. (6. Westfäl.) Nr. 55, unter Enthebung von dem Kommando als Adjutant bei der 14. Div., als Bats. Kommandeur in 4. Großherzogl. Hess. Inf. Regt. Nr. 118 versetzt, v. d. Wense, Rittm. u. Eskadr. Chef im Magdeburg. Drag. Regt. Nr. 6, als Adjutant zur 14. Div. kommandirt, Frhr. v. Bettendorff, Rittm. im 2. Hannov. Ulan. Regt. Nr. 14, als Eskadr. Chef in das Magdeburg. Drag. Regt. Nr. 6, Künzel, Major, aggreg. dem Füs. Regt. (Westfäl.) Nr. 37, als Bats. Kommandeur in das Inf. Regt. Nr. 137, v. d. Osten, Hauptm. im 4. Garde-Regt. zu Fuß, unter Enthebung von dem Kommando als Adjutant bei der 3. Garde-Inf. Brig., als Komp. Chef in das 7. Thüring. Inf. Regt. Nr. 96 versetzt, v. Bismarck, Oberleutnant im Kaiser Alexander-Garde-Regiment Nr. 1, als Adjutant zur 3. Garde-Infanterie-Brigade kommandirt, Frhr. v. Kleist, Oberl. im 5. Thüring. Inf. Regt. Nr. 94 (Großherzog von Sachsen), unter Beförderung zum Hauptm., zum Komp. Chef ernannt. Zu überzähl. Hauptleuten befördert die Oberlts. Fellmann im Gren. Regt. Graf Kleist von Nollendorf (1. Westpreuß.) Nr. 6, Sieg im Inf. Regt. Graf Werder (4. Rhein.) Nr. 30, Baetzendorff im Füs. Regt. von Steinmetz (Westfäl.) Nr. 37, Frhr. v. Lehmann im 5. Westfäl. Inf. Regt. Nr. 53, Schroeder im 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58, Manger im 7. Rhein. Inf. Regt. Nr. 69, de Dumas de l'Espinol im Anhalt. Inf. Regt. Nr. 93, Strack im 6. Thüring. Inf. Regt. Nr. 95, Bonsack im Inf. Regt. Nr. 172.

Telegramme des Berliner Tageblatts.

Berlin, 23. März. (W. T. B.) S. M. S. **„Kaiser“**, Kommandant Kapitän zur See Stubenrauch, mit dem Chef des Kreuzergeschwaders, Vizeadmiral v. Diederichs, an Bord, ist am 21. März in Kiautschau eingetroffen und am 22. März von dort nach Weihaiwei in See gegangen. S. M. S. **„Deutschland“**, Kommandant Fregattenkapitän Müller, ist am 22. März in Nagasaki eingetroffen. S. M. SS. **„Mars“** und **„Blitz“** sind am 21. März von Kiel in See gegangen. S. M. S. **„Beowulf“** ist am 21. März von Flensburg nach Kiel in See gegangen und dort angekommen, Abgang am 27. März nach Wilhelmshaven. Die Wachtboote **„Sirius“** und **„Pollux“** haben heute Morgen in Wilhelmshaven in Dienst gestellt. Poststation für S. M. S. **„Carola“** vom 24. März bis auf Weiteres Kiel.

XX Breslau, 23. März. (Privat-Telegramm.) In den dem Kommerzienrath Güttler gehörigen **Pulverfabriken** bei Reichenstein ist das siebente Pulverpolirwerk in die Luft geflogen. Zwei Arbeiter wurden getödtet.

☧ Steinau a. d. Oder, 23. März. (Privat-Telegramm.) Wegen Erkrankung fast aller Schüler an heftiger Influenza ist das hiesige Lehrerseminar auf unbestimmte Zeit **geschlossen** worden.

( ) Weimar, 23. März. (Privat-Telegramm.) Der Landtag genehmigte 600,000 Mark Kostenbeitrag zum Bau der Eisenbahn **Eisenach—Treffurt.**

⊙ Wien, 23. März. (Privat-Telegramm.) Der in ein Isolirzimmer des **bakteriologischen Instituts des Allgemeinen Krankenhauses** übergeführte Kranke (siehe die gestrige Abendausgabe) ist ein Diener des Instituts, Namens Schneider. Das Fieber hat heute nachgelassen. Eine strikte Diagnose ist noch nicht möglich. Die strengste Isolirung ist durchgeführt.

Briefkasten der Redaktion.

Name unleserlich, Liegnitz. Der genannte Z. kann jeden Tag seinen Uebertritt zur Landwehr II. beantragen. Dem Gesuch muß Folge geleistet werden.

H. K., Wiesbaden. Die Reservatrechte Baierns und Württembergs in Bezug auf die Postverwaltung beschränken sich auf die Regelung des Tarifes für den internen Verkehr innerhalb der genannten Länder. Dagegen erstreckt sich das Gesetzgebungsrecht des Reiches auch in den süddeutschen Königreichen auf die Vorrechte der Post. Bei Annahme der Podbielskischen Reformvorschläge würden also auch die baierischen und württembergischen Privatpostanstalten betroffen werden.

G. v. F. Wir sind leider nicht in der Lage, Ihren Artikel zu veröffentlichen, da wir über die inneren politischen Angelegenheiten Oesterreichs durch unseren ständigen Wiener Korrespondenten bereits genugsam unterrichtet sind und stets auf dem Laufenden erhalten werden.

Auswärtige Fonds-Telegramme.

Leipzig, 23. März. Schlusskurse.

3% sächs. Rente	91,10	Leipz. Bank-Akt.	183,00	Zuckerf. Glauzig-Actien	123,00
3½% do. Anleihe	99,25	do. Hypothekenb.	149,40	Zucker-Raffiner. Halle-Aktien	121,75
Oest. Banknoten	169,60	Sächs. Bank-Akt.	136,00	„Kette“ Deutsche Elbschiff-Akt.	74,00
Zeitzer Paraffin-u. Solaröl-Fabr.	117,75	do. Bod.-Credit-Anstalt	—	Grosse Leipziger Strassenbahn	206,75
Mansfelder Kuxe	1066	Leipz. Baumwollspinnerei-Act.	170,00	Leipziger Elektr. Strassenbahn	142,00
Böhm. Nordb.-A.	168,25	Leipzig. Kammg.-Spinnerei-Akt.	170,00	Thür. Gas-Gesellschafts-Akt.	245,00
Buchtiehr. Eisenbahn.Akt.Lit.A.	336,50	Kammg.-Spinner. Stöhr & Co.	167,00	Deutsche Spitz.-Fabrik	231,00
do. do. Lit. B.	—	Wernhaus.Kammgarnspinnerei	55,00		
Leipziger Kreditanstalt-Akt.	200,40	Altenb. A.-Braur.	235,00		
Kredit- und Sparbank zu Leipzig	122,75				

Leipziger Elektrizitätswerke 121,00, Sächsische Wollgarnfabrik vorm. Tittel & Krüger 140,75, Leipziger Brauerei in Reudnitz (Riebeck & Co.) 204,75.

Frankfurt a. M., 23. März. (Schlusskurse.) **Fest.**

Lond. Wechsel	20,415	4% ung. Goldr.	100,10	Adler Fahrrad	250,10
Pariser Wechsel	80,933	4% do. Kronenr.	97,60	Allg. Elektrizität	296,30
Wiener Wechsel	169,12	Unif. Egypter	108,20	Schuckert	250,50
3% Reichsanleihe	92,20	6% kons. Mexik.	100,60	Höchster Farbw.	419,00
3% Hessen v. 96	89,20	5 proz. Mexikaner	98,70	Bochum. Gusstahl	250,00
Italiener	94,90	Oest. 1860er Loose	146,50	Harpener Bergw.	183,20
Oest. 4% Gold-R.	101,70	Reichsbank	160,50	Hibernia	192,70
do. Silberrente	100,30	Berl. Handelsges.	171,80	Westeregeln	217,00
do. 4⅕% Pap.-R.	100,70	Darmstädt. Bank	154,30	Laurahütte	230,00
3% portug. Anl.	27,10	D.Genossensch.-B.	118,90	Lübeck-Büch. E.	174,20
5% amort. Rumän.	101,10	Disk.-Kommandit	200,30	Staatsbahn	154,80
4% russ. Consols	—	Dresdner Bank	160,00	Lombarden	29,20
4% Russ. 1894	100,00	Mitteld. Kred. Akt.	117,00	Raab-Oedenburg.	—
4% serb. Rente	61,90	Nationalbank f. D.	143,40	Gotthardbahn	142,30
4% Spanier	57,70	Oest.-ung. Bank	153,00	Mittelmeerbahn	109,40
Konv. Türken	23,10	Oest. Kred.-Akt.	230,50	4% Wladik.-Prior.	—

Privatdiskont 4⅞. 5 proz. amort. innere Mexikaner 3. Serie 40,35.

Nach Schluss der Börse: Kreditaktien 230,60, Diskonto-Kommandit 200,40.

Petersburg, 23. März.

Wechsel auf London	93,85	3½proz. Goldanl. v. 1894	—
Wechsel auf Amsterdam	—	3⁸⁄₁₀% Bodenkredit-Pfandbriefe	99¼
Wechsel auf Berlin	45,80	Azow Don Commerzbank	625
Cheques auf Berlin	46,30	Petersb. Diskonto-Bank	737
Wechsel auf Paris	37,22½	do. internat. Bank I. Em.	577
Russ. 4% inn. Staatsr. v. 1894	100½	Russ. Bank f. ausw. Handel	430½
4% cons. Eisenb.-Obl. v. 80	—	Warschauer Kommerz-Bank	470
do. do. v. 1889,90	148½		

Auswärtige Waaren-Telegramme.

Bremen, 23. März. Schmalz. Fest. Wilcox in Tubs 28¼ Pf., Armour shield in Tubs 28¼ Pf., andere Marken in Doppeleimern 28½ bis 29½ Pf. — Speck. Fest. Short clear middl. loco 26¾ Pf.

Havre, 23. März, Vorm. 10 Uhr. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloss unverändert. Rio 12,000 Sack, Santos 13,000 Sack. Recettes für gestern. — Kaffee good average Santos per März 35,00, per Mai 35,25, per Sept. 36,25. Ruhig.

London, 22. März. (Schluss.) Chili-Kupfer 66⁷⁄₁₆, per 3 Monat 66⅝.

Familien-Nachrichten (aus anderen Zeitungen).

Geburten: Ein Sohn: Hrn. Buchhändler Friedrich Bock (Lüneburg). Hrn Gutsbesitzer Otto Brandt (Erlstorf b. Lüneburg). Hrn. Ernst Sander (Magdeburg-Neustadt). Hrn. Albert Kleinefeld (Magdeburg). Hrn. Georg Morin (Hamburg). Hrn. Georg Müller (Breslau). Hrn. Oberlehrer Dr. Steigemann (Schweidnitz). **Eine Tochter:** Hrn. Apotheker Freund (Breslau). Hrn. Hauptmann a. D. Schleker (Gevelsberg). Hrn. Adolf Opitz (Berlin). Hrn. Jacques Bernstein (Braunschweig). Hrn. L. Müller (Guhrau).

Verlobungen: Frl. Margarete Zincke mit Hrn. Kaufmann Hugo Schmidt (Berlin). Frl. Elsa Isaac mit Hrn. Privatdozent Dr. Hermann Strauß (Berlin). Frl. Else Knuht mit Hrn. Kaufmann Karl Hildebrand (Bordzichow W.-Pr.—Charlottenburg). Frl. Hermine Spangenberg mit Hrn. Paul Otto (Berlin). Frl. Luise Hein mit Hrn. Richard Thiele (Berlin). Frl. Martha Frede mit Hrn. Domänenpächter Emil Dröge (Braunschweig—Gronauerhof b. Vilbel). Frl. Röse Lipmann mit Hrn. Wilhelm Hoffmann (Braunschweig). Frl. Cäcilie Kiel mit Hrn. Friedrich Schabbel (Altona—Hamburg). Frl. Martha Seifert mit Hrn. Max Pfau (Dresden—Weesenstein).

Verehelichungen: Hr. Martin Wegner mit Frl. Hildegard Postnansky (Berlin). Hr. Karl Angermann mit Frl. Martha Fraenkel (Berlin). Hr. Apotheker Franz Sengewitz mit Frl. Ida Huhle (Lungkwitz b. Kreischa—Dresden). Hr. Georg Seidel mit Frl. Martha Heinrich (Striegau). Hr. Dr. med. Michael Hintner mit Frl. Sibylla Bingold (Nürnberg).

Sterbefälle: Hr. Kreisgerichtsrath a. D. Eduard Frombolz (Berlin). Hr. Porträtmaler Eduard Kriesmann (Berlin). Hr. Oberleutnant Erich Kurts (Freienwalde a. O.). Hr. Rentier Eduard Conrad August Röfener (Bad Nenndorf). Verw. Frau Louise Heldt (Hamburg). Frau Magdalena Wrieth geb. Schmütz (Hamburg).

Ein kühner Sprung. Man kann nicht läugnen, daß die Mode einen solchen gemacht hat, indem sie von den übertrieben breiten Formen, die noch vor kurzem favorisirt wurden, zu den übermäßig engen übergegangen ist, die der Volksmund als „Damenfutterale“ bezeichnet. Die Aufgaben, die in solchen Uebergangszeiten an ein Modenblatt gestellt werden, sind besonders schwer; es gilt, der Tagesmode gerecht zu werden, ohne daß der gute Geschmack darunter litte. In dem soeben erschienenen Heft 13 der „Wiener Mode“, womit das Frühjahrsquartal beginnt, wird gezeigt, wie eine solche Aufgabe gelöst werden muß; was bei den meisten Modebildern, namentlich bei den französischen, an die Carricatur streift, wird hier ein Element des Erfolges. Leistungen wie dieses Heft, wo jedes Detail des überaus reichen Inhaltes als mustergiltig bezeichnet werden muß, erklären die Beliebtheit der „Wiener Mode“, die, wie man mit Vergnügen erfahren wird, eben jetzt wieder einen sehr bedeutenden Abonnentenzuwachs zu verzeichnen hat. Das schöne Heft, dem auch die „Wiener Kinder-Mode“ und ein Blatt mit naturgroßen Schnittmustern und Handarbeitsvorlagen beiliegt, kann durch jede Buchhandlung oder vom Verlage der „Wiener Mode“ für 45 Pf. bezogen werden.

Ein erstklassiges Produkt

repräsentiren die **Gebrannten Kaffees** der Firma **A. Zuntz sel. Wwe. Berlin** in allen Preislagen à M. **1.20, 1.40, 1.50, 1.60, 1.70, 1.80, 1.90, 2** pr. ½ Ko. für jede Geschmacksrichtung. Dieselben sind käuflich in fast allen Geschäften der **Consumbranche** und in den in allen Verkehrscentren befindlichen eigenen Filialen der Firma A. Zuntz sel. Wwe. Man überzeuge sich von der **Güte** und dem **feinen Aroma** des **Zuntz'scher Kaffees** im Probe-Ausschank **C., Spittelmarkt 8/10** (Hansahaus)

WILHELMSHÖHE b/Cassel
GOSSMANN's Naturheilanstalt.
Erfolgreiche Behandlung bei allen chronischen Krankheiten, besonders bei: **Nervenleiden** und **Frauenkrankheiten** (Thure Brandt-Massage durch Specialärztin).
Herrlicher Aufenthalt für Erholungsbedürftige.

Frankfurt a. Main
HÔTEL DREXEL
Altrenommirtes Haus im Centrum der Stadt.
Neuer Besitzer: **FRITZ KIRCHNER.**

Leipzig Hôtel de Prusse
Haus ersten Ranges
Adolf Wagner.

NERVOSIN

Seit drei Jahren von den angesehensten Aerzten bei Nervenkranken mit dem grössten Erfolge erprobt; gilt jetzt allgemein als das wirksamste Mittel bei Nervenleiden jeder Art, wie Schlaf- u. Appetitlosigkeit, Druck im Kopfe, Verstopfung, Herzklopfen, Mattigkeit etc. etc. Extr. von Baldrian-, Engelwurz-, mexik. Traubenkraut je 5 g, Baldrian- und Engelwurzelöl je 10 g, Orangeblätterpulver 15 g. Erhältl. in Apotheken oder wenn nicht zu haben direct gegen Einsendung von M. 3.— durch Chem. Fabrik **Rudolf Pizzala, Zwingenberg** in Hessen.

Verantwortlich für den politischen Theil: Dr. jur. E. Grüttefien; für den Handelstheil: J. Wiener; für Lokales, Vermischtes und Gerichtszeitung: K. Keller; für das Feuilleton: Fritz Engel; für den übrigen redaktionellen Theil: K. Günther; für die Inserate: O. Gießmann. Druck und Verlag von Rudolf Mosse. Sämmtlich in Berlin.

Fabrikniederlage: Georg Herold,
Berlin S., Neue Rossstrasse 6. †

Singer Nähmaschinen sind mustergiltig in Construktion und A
Singer Nähmaschinen sind unentbehrlich für Hausgebrauch und
Singer Nähmaschinen sind in allen Fabriksbetrieben die meist ver
Singer Nähmaschinen sind unerreicht in Nähgeschwindigkeit u
Singer Nähmaschinen sind für die moderne Kunststickerei die g

Kostenfreie Unterrichtskurse auch in der modernen Kunststickerei.

Die Singer Nähmaschinen verdanken ihren Weltruf der vorzüglichen Qualität und großen fähigkeit, welche von jeher alle Fabrikate der Singer Co. auszeichnen. Der stets zunehme die hervorragenden Auszeichnungen auf allen Ausstellungen, und das über 40jährige Bestehen bieten die sicherste und vollständigste Garantie für deren Güte.

Hauptgeschäft: **Singer Co. Act. Ges.** Erstes Detailg
Berlin, Kronen-Str. 11. Frühere Firma: G. Neidlinger. **Berlin, Leipziger-**

Neu! Sehr wirksam! Aerztlich empfohlen!
Apothek.
Dr. Halle's
Salosantal-Capsules
= **gesetzlich geschützt!** =
Best.: Sal. 1 Theil, Ol. Sant. ostind. 2 Theile.
von hervorragenden Professoren und Spezialisten bei Erkrankungen der Harnorgane mit großem Erfolge angewandt, heilen in kurzer Zeit ohne jede **Berufsstörung Ausfluß, Blasenleiden** 2c.
Viele ärztliche und private Anerkennungsschreiben!
Einstimmige, überaus günstige Urtheile der medizin. Fachpresse! Preis pro Flacon **3** und **2** Mk. Erhältlich in **allen** Apotheken:
Apotheker **Dr. Halle, Berlin W.**-Schöneberg.
!! Bitte sich Nichts Anderes Unwirksames einhändigen zu lassen!! *

CACAO VERO
HARTWIG & VOGEL
Dresden.
CHOCOLADE

Anerkannt **vorz**
Qualität, **ausgieb**
billig. – Zu hab
meisten durch unse
kenntlichen
Apotheke
Conditore
Colonialwaa
Delikates
Drogen- u
Specialgesch
Filialen in Be
Friedrichstrass
Spittelmarkt

Fortuna-Haematogen für 1,50 M.

Vorzügliches Kräftigungsmittel für Bleichsüchtige Reconvalescenten, schwächliche Kinder u. s. w. Hergestellt in der **Fabrik pharmaceut. Präparate Berlin C., Dragonerstrasse 6a.**
Zu haben in den meisten Apotheken, wo nicht, a. d. **Generaldepot „Fortuna-Apotheke", Berlin C., 3 Fl. = 5 M. incl. Kiste, franco gegen franco.** Bestandth.: Gerein. Haemoglobin, Wein, Glycerin.

Ueberzeugen Sie sich, dass meine **Fahrräder** u. Zubehörtheile die besten und dabei die allerbilligsten sind.
Über 1000 Anerkennungen.
Wiederverkäufer gesucht.
Haupt-Katalog gratis & franco.
August Stukenbrok, Einbeck
Deutschlands grösstes Special-Fahrrad-Versand-Haus.

Oberrheinische Versicherungs-Gesellschaft
• MANNHEIM •
Grundcapital 6,000,000 Mark.
Emittirt 4,000,000 Mark.
See-, Fluss- und Land- (incl. Valoren), Transport-, Unfall- (incl. Haftpflicht), Glas-, Einbruch- und Diebstahl-Versicherungen.
Man verlange Prospekte und Prämienofferten. An allen Plätzen für unsere verschiedenen Branchen tüchtige **Vertreter** gegen hohe Provisionen, sowie **Inspectoren** mit festem Gehalt **gesucht.**

G u m m i
waaren **jeder Art; Pariser Artikel, prima, sehr billig.** Haltbarkeit **garantirt.** — **Sicherheits-Ovale, Dtz. 1.50 Mk. Alle Artikel zur Krankenpflege.** Billigste **Preise für Händler. Prachtkatalog** mit 340 Illustrationen gratis u. frco. p. Drucksache, geschl. 20Pf.-Marke. **Jos. Maas & Co.,** Berlin 75, Alte Jakobstr. 107.

Internationale
Gummi-Waaren-Fabrik empf. ihre weltberühmten **Sicherheits-Artikel.** Preisliste u. Brochüre gratis.
Jul. Gericke. Berlin NW., Mittelstr. 22. Gegründet 1878.

Reich geschn. Büffet, 12 Stühle, Speise- u. Servirt. f. 450 M. z. vk. Anhaltst. 10, I.*

Frauenwichtig!
Sämtl. hygien. **Bedarfs- u. Schutzartikel** empf. **Wwe. Schmidt, Berlin S., Neue Roß-Straße 5.** Erfinderin **weltbekannt.** Frauenschutz **„Laetitia"** (patentirt u. preisgekr.) Broschüre m. Beschreibung, ärztl. Gutacht. u. **vielerprobt. Rathschläg.** geg. **50 Pfg.** Briefm. verschloss. [1780]

Staatlich konzess.
Militär-Vorbereitungsanstalt
Direktor Rudolf Pollatz,
Dresden, Marschnerstraße 3.
Binnen Jahresfrist bestanden von den Schülern der Anstalt 25 die Freiwilligen- und 9 die Fähnrich-Prüfung, 3 die Aufnahme-Prüfung für Sekunda, 5 die Reife-Prüfung für Prima, 1 die Abiturienten-Prüfung eines Gymnasiums. *

Salomon's Handelsakademie, gegr. 1858
Von der Königl. Regierung zur Ausbildung der Steuerbeamten benutzt
Handelsschule, Curse für Damen: Beginn 6. April.
Privatunterr. z. j. Zeit. Näh. Prosp. **Salomon's** Handelsakademie, Wallst. 25.*

Patente besorgt:
C. Bloch dipl. Jng.
BERLIN, Leipziger Str. 56.

Wer schnell und billigst **Stellung** finden will, verlange per Postkarte die **„Deutsche Vakanzen-Post"** in Eßlingen.

Fidelen Herren! 30 ff. Bilder Visitform. M. 1 Briefm. **„Verlag Friedel" Berlin C., Neue Friedrichstr. 89 A.***

Morcheln,
beste 98er getrocknete stielfrei, 3 Pfund 10 Mark fr. Nachnahme versendet
Carl Gothe, †
Frankfurt a. Oder.

GUMMI-Waarenfabrik
Paris. Zollfr. Versand.
Feinste Specialitäten.
Muster-Dtzd. M. 3.—
Hygien. Schutz, kein Gummi, 1 Dtzd. M. 2.—, 2 Dtzd. M. 3.50.
J. Kantorowicz, Berlin C.,*
Rosenthalerst. 10. Illstr. Preisl. grat.

Sensationelle Erfindung!!!
Wirklicher hygienischer
Frauenschutz
absolut unschädlich, unfehlbar wirksamer Apparat Antispermatikon, behördl. geschützt, wissenschaftl. anerkannt durch Goldene Medaille. **Nur allein** zu beziehen von Frau **M. Mosenthin's** Nachfg., **Berlin, Stallschreiberst.** 27/28. Ausführliche Beschreibung sammt Abschrift aus Tausenden v. Dankschreiben geschlossen gegen 50 Pf. Briefmarken.*

Gelegenheitskauf.

Schloß Felseck, 15 Minuten von Innsbruck entfernt, benachbart dem dem Herzoge von Alençon gehörigen Schlosse Mentelberg, schloßartige Villa, am Waldesrande gelegen, mit prachtvoller Fernsicht ins Innthal, mit acht Herrschaftsräumen, zwei Fremdenzimmern, drei Dienerzimmern und allen Nebenräumen, Wirthschaftsgebäude mit Stallung, Wagenremise, Dienstpersonalwohnungen, Waschküchengebäude mit Holzlagen und Bügelzimmer, Zier- und Nutzgärten, Terrassenanlagen und parkartigem Walde, aus dem Besitze der Familie Astor in Newyork, ist zu verkaufen. Das Herrschaftsgebäude ist vollständig eingerichtet und der Besitz sowohl als Herrschaftssitz, als auch für ein Künstlerheim oder Sanatorium vollständig geeignet. Näheres durch den derzeitigen Besitzer **H. Boos, Villa Boos in Innsbruck.** *

Honig.
Prima Heideblüthen-Honig, garantirt rein, in vorzüglich. Qualität, goldgelb, 55 Pf. p. Pfd. empfiehlt
M. J. Goldberger,
Beverstedt, Prov. Hannover.
Centnerweise Rabatt.

Frauenschutz,
garantirt absolut sicher, empfiehlt **Frau Hein,** früher **Hebamme, Berlin,** Oranienstr. 65. Buch mit erprobten Rathschlägen verschl. geg. 50 Pf. Briefm. Ungenirt. Einkauf sämmtl. Bedarfsart.*

Eine neue Heilmethode der
Lungenschwindsucht
mittelst Einathmungen nach Prof. Dr. Friedr. Mohrhoff.
Man verlange Prospecte von der Firma **Rich. Kallmeyer & Co., Berlin N., Oranienburgerstr. 45.** *

Pariser
Gummi-Manufactur
Schutzmittel
(sämmtl. Specialität.), Catalog gratis.
Ph. Rümper, Frankfurt a. M. T.*

Schaufenster, Ladenthüren, Thorwege,
Flügel-, Sechsfüllungs- u. Kreuzthüren, Doppel- und einfache Fenster, sowie alle **Baumaterialien** stets auf Lager.
Möckernstraße 128/30, **Rich. Hesse.**

Zu den hervorragendsten deutschen Tageszeitungen zählt

Die Post,

welche seit ihrer im vorigen Jahre erfolgten Reorganisation eine wesentliche Umgestal und Erweiterung ihres Inhalts erfahren hat.

In Bezug auf die Vorzüglichkeit ihrer Quellen, die Schnelligkeit ihrer Be erstattung, sowie den Umfang und die Vielseitigkeit dessen, was sie ihren Lesern t bietet, wird die **„Post"** von keinem anderen Berliner Blatte übertroffen.

Außer durch ihren allgemein als hervorragend anerkannten politischen Theil ihre militärischen Fachartikel zeichnet sich die **„Post"** durch ein besonders ausgebe Feuilleton aus, in welchem täglich eine Fülle interessanter Mittheilungen aus Wissenschaft und Leben gebracht werden.

Die **„Post"** vertritt den Standpunkt der Reichs- und freikonservativen P ohne von den parlamentarischen Fraktionen abzuhängen, und unter völliger Selbständ der Beurtheilung im Einzelnen; sie ist das einzige in Berlin erscheinende Abend dieser Richtung.

Abonnements zum Preise von **6 Mark pro Quartal** nehmen alle anstalten entgegen. **Probenummern gratis.**

Inserate, für das vornehme Publikum berechnet, haben den besten Erfol

Expedition der „Po
Berlin SW., Zimmerstraße 9

F. F. Brabanter
Tafel-Sardellen
versende das 5 kg. Faß Brutto, franco 10 Mark per Postnachnahme.
L. Brotzen, Greifswald. †

Matchless Fahrräder
Älteste und berühmteste Marke
seit 1876 eingeführt.
Fabrikant *
Carl Rissmann,
Hannover-Wülfel.

Eine
Wolf'sche Lokomobile,
25pferd., fast neu, nur 2 Jahre in Betrieb, ist zu verkaufen. Offert. u. **J. A. 9395** bef. die Exp. d. Bl. *

Geldschränke (Gelegenheitskäufe) bei **Goldberg,** Spandauerstr. 3, part.*

Haube & Hasché
(An der Potsdamer Brücke.) **jetzt:** (Telephon: Amt 9. 7249.)
Potsdamer-Str. 27.
Tapeten,
Läufer, Linoleum.
Billige Preise!
Große Auswahl!
Musterkarten franko!
(Kleinere gratis!)

Elektrische
Licht- und Kraftanlag
im Anschluß an die Berliner Elekt.-Werke, **unter** braucher **Gasmotore** 2c. prompt unter coulanten Be
Bau von Elektr. Centralen und -
Kostenanschläge und Auskünfte gratis.
„Industrie", Elektricitäts-Gesellsc
Amt III 1320. **Opitz & Comp., m. b. H.**
23. Schiffbauerdamm. **Berlin NW.** Schiffbauer
Um Besichtigung unserer Ausstellung wird gebet

1899er Dürkopp's D
sind allen voran

Herren- u. Damenräder
Neu! Kettenlos!! Neu!
Ohne Concurrenz

Vertreter i
Otto Pit
SW. York
Fuhrmann
W. Lützow
C. Jägerman
W. Friedri
E. Kr
W. Leipzig
Osswald
NO. Landsbe
Rudolf Sch
N. Brunne
B. Sc
NO. Gr. Frank
Richard S
O. Grüner
Vorreiter
W. Kurfürste
Weise
SO., Neand
Paul Zi
NW., Paul

General-Vertreter:
Richard Rochlitz, Be Prinz

Nummer 71
…itag, den 24. März 1899.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse. Berlin.

General-Anzeiger
für die
Berliner Abonnenten des „Berliner Tageblatt" und der „Berliner Morgen-Zeitung"

Insertionspreis: 30 Pf. pro Zeile.
Für kleine Anzeigen: das erste Wort in fetter Schrift 10 Pf., jedes fernere Wort 5 Pf.

Stadtverordneten-Versammlung.

Sitzung vom 23. März.

…er Vorsteher Dr. **Langerhans** eröffnet die Sitzung um …Uhr.

…m Tische des Magistrats: Bürgermeister Kirschner, …merer Maaß, Schulrath Dr. Bertram und Andere.

…er erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Vorlage …ffend die Bewilligung eines Patronatsbeitrages …den Kosten der Dachreparaturen an der Thomas-Kirche.

…tadtv. Dr. **Gerstenberg** widerspricht der Bewilligung, weil nach … mit dem Gemeindekirchenrath von St. Thomas unterm 7. April abgeschlossenen Vertrage dem Gemeindekirchenrath ein Aequivalent …hrt und bestimmt worden sei, daß dadurch die Stadtgemeinde … für kleine Reparaturen am Kirchengebäude nicht mehr aufzu…en habe. Um die Sache vollkommen klar zu stellen, beantrage … Ueberweisung der Vorlage an einen Ausschuß zur Vorberathung.

…tadtrath **Kaufmann** erklärt, daß der Stadtgemeinde auch nach … Vertrage die Kirchenbaulast noch ferner obliege, da an der ge…hen Verpflichtung der Stadtgemeinde durch den Vertrag nichts …ert sei.

…ch einer kurzen Erwiederung des Stadtv. Dr. **Gerstenberg** wird …orlage einem Ausschuß zugewiesen.

…e Versammlung setzt alsdann die Etatsberathung fort. … die folgenden Etats berichtet Stadtv. **Jacobi**. Spezialetat 8 …pital- und Schuldenverwaltung". Der Ausschuß …hlt die unveränderte Feststellung dieses Etats in Einnahme auf …790 Mark, in Ausgabe auf 16,645,616 Mark, mit einem Zu… also von 3,466,826 Mark. Die Versammlung beschließt dem….

…pezialetat 40 „Dienstpensionen, Wittwenpensionen, …sengelder 2c." wird unverändert genehmigt.

…pezial-Etat 45. „Verschiedene Einnahmen und …gaben" mit vier Anhängen. Die Etats für das Märkische …vinzialmuseum, für das Statistische Amt der …t Berlin und das Gewerbegericht zu Berlin … genehmigt. Bei dem Etat für die städtischen Volks…iotheken und Lesehallen wird in den dazu gehörigen …erungen bemerkt, daß die Verwalter der beiden Bibliotheken zur …tigung des Bücherverkehrs Hilfe nöthig hätten und ihnen solche wie …auch ferner durch geeignete Schulkinder mit Zustimmung von deren …örigen gewährt werden solle. Zur Entschädigung für diese be…en Dienstleistungen seien 200 Mark in den Etat eingestellt. Im …usse bezeichnete man es als unzulässig, Schulkinder Abend für … und außerdem an jedem Sonntag drei Stunden in den Volks…theken zu beschäftigen; sei Hilfe nöthig, so müsse dieselbe durch …hsene Hilfskräfte beschafft werden. Es wurde ein dahin gehender …g gestellt. Von den Vertretern des Magistrats wurde …n bemerkt, daß gerade die Schulmänner im Magistrats…um sich für die Heranziehung der Schulkinder zur …leistung ausgesprochen hätten. Eine körperliche Ueber…ung sei nicht zu befürchten, weil die Kinder nicht gezwungen …n, dort zu bleiben, sondern jederzeit fortgehen könnten. Die …heit des Ausschusses stimmte dieser letzteren Ansicht zu, lehnte …erwähnten Antrag ab und genehmigte die Etatsposition und den …elbst.

…tadtv. **Bruns** wiederholt die Beschwerde über die Beschäftigung …Kinder, welche der Gesundheit derselben absolut schädlich sei, und …mt den vom Ausschuß abgelehnten, gegen diese Beschäftigung ge…ten Antrag wieder auf, dahingehend: „Die Versammlung ersucht …Magistrat, eine Erhöhung der Gehälter der Verwalter der …ischen Volksbibliotheken mit täglichem Betriebe vorzusehen und …zeitig für Anstellung geeigneter erwachsener Personen als Hilfs…te Sorge zu tragen."

…Kämmerer **Maaß** verweist auf die im Ausschuß über diesen …enstand gegebene Aufklärung und fügt hinzu, daß es sich dabei …um eine schwere Arbeit der Kinder, sondern vielmehr um ein …nent derselben handele, und daß dabei von einem Zwang gegen …Kinder keine Rede sei, es meldeten sich auch stets sehr viel Knaben …dieser Beschäftigung.

…tadtv. **Bruns** glaubt, die Versammlung dürfe nicht zugeben, daß …solcher Schandfleck im städtischen Etat verbleibe. (Oho! Widerspruch).

…tadtv. **Stadthagen** stimmt dem Stadtv. Bruns bei. Das …en der Kinder zu dieser Beschäftigung beweise nichts.

…er Antrag Bruns wird auch von der Versammlung abgelehnt, …tatsposition genehmigt.

… den Einnahmen des Spezialetats 45 ist als Abgabe von …Großen Berliner Straßenbahn die Summe von …000 Mark in Ansatz gebracht, 51,600 Mark mehr als im vorigen …

Im Ausschusse fiel die geringe Steigerung auf, da der Ver…kolossal gestiegen sei und die Abgabe noch größer sein müsse. …egenüber wurde betont, daß die Ansätze auf den Angaben und …ungen der Gesellschaft beruhten; eine Gewinnbetheiligung … gegenwärtig noch nicht in Frage. Dieselbe trete nach dem …ge erst dann ein, wenn die Hälfte des Betriebes elektrisch ein…et sei und zwar vom 1. Januar kommenden Jahres ab. In …chsten Etat werde infolge dessen eine sehr viel höhere Summe …llt werden, wie der Referent bemerkt, mindestens das Doppelte …genwärtigen Betrages.

…Titel III des Ordinariums sind 1000 Mark als Beitrag an …erliner Hausfrauenverein neu in den Etat ein…. Der Verein läßt es sich unter anderem angelegen sein, die …tnisse zwischen Herrschaften und Dienstboten zu verbessern und …durch Prämiirung der Pflichttreue von Mädchen und Frauen …sdienst. Der Ausschuß hielt es nicht für erforderlich, diese …ungen eines Privatvereins zu unterstützen. Herrschaften, welche …Jahre hindurch Dienstboten besäßen, würden dieselben schon …lbst auszeichnen. Auch falle es ins Gewicht, daß zu den …rungen des Hausfrauenvereins nur solche Dienstboten zuge…würden, deren Herrschaften dem Verein angehörten, oder die …Beitrag zur Prämienkasse geleistet hätten. Der Ausschuß hat …dessen die Position gestrichen, und die Versammlung beschließt …m Sinne.

…n Deutschen Thierschutzverein wird die bisher ge… Beihilfe auf 5000 Mark erhöht.

…dem Etat ist ferner der Zuschuß für die „Freiwilligen …tätskolonnen Berlin" von 500 auf 1000 Mark erhöht. …sschuß vermochte ein Bedürfniß für die Erhöhung des Zu… nicht anzuerkennen, hat deshalb die Mehrforderung gestrichen …r 500 Mark bewilligt. Die Versammlung beschließt auch hier …m Antrage des Ausschusses.

…Vorlage des Magistrats betreffend die Gewährung einer …ilfe zur Unterbringung von Invaliden aus dem …e 1870/71 in dem Invalidenheim bei Neubabelsberg war dem …sschusse zugewiesen worden. Magistrat hat beschlossen, wider… vier Stellen in Anspruch zu nehmen, und beantragt, die hier…rderlichen 2000 Mark zu bewilligen und zu genehmigen, daß …Betrag „alljährlich bis auf Weiteres" in den Spezialetat 45 …llt werde. Der Ausschuß hatte gegen die Gewährung des Bei…von 2000 Mark nichts zu erinnern, war aber der Ansicht, daß …willigung nicht bis auf Weiteres ausgesprochen, sondern all… bei der Etatsberathung ausgesprochen werden müsse, und hat … die Worte „jährlich bis auf Weiteres" gestrichen. Die Ver…ng beschließt im Sinne des Ausschusses.

…Ausschuß hielt es ferner für wünschenswerth, daß dem …verordnetenvorsteher Mittel zur Verfügung …lt werden, über welche er bei besonderen Ver…sungen selbstständig verfügen kann. Infolge …empfiehlt der Ausschuß nachstehende Resolution zur An…: „Die Versammlung ersucht den Magistrat um eine Vorlage …weck der Einstellung eines Betrages von 5000 Mark in …t zur Verfügung des Stadtverordnetenvorstehers."

… Resolution wird angenommen.

Der Ausschuß beantragt schließlich, den Spezialetat 45 in Einnahme auf 9,701,954 Mark, in Ausgabe auf 1,472,425 Mark, also mit einem Ueberschusse von 8,229,529 Mark festzusetzen.

Der Etat wird nach diesem Vorschlage festgestellt.

Ueber Spezialetat 37 „nicht zum Personalbesoldungsetat gehörige Stellen" (besoldete Magistratsmitglieder) und Spezialetat 38 „zum Personalbesoldungsetat gehörige Stellen" berichtet

Stadtv. **Wallach**: Etat 37 schließt ab mit einer Ausgabe von 212,625 Mark, Etat 38 mit einer Einnahme von 499,821 Mark, einer Ausgabe von 6,691,840 Mark, also mit einem Zuschuß von 6,192,019 Mark.

Die Versammlung genehmigt beide Etats ohne Debatte und genehmigt dadurch zugleich die vom Magistrat vorgeschlagene Anstellung von 30 neuen Büreauassistenten.

Stadtv. **Spinola** verweist bei dieser Gelegenheit darauf, daß die Stadt nunmehr nur noch in Rückstand mit der Verbesserung der Relikten- und Waisengelder sei, und spricht die Hoffnung aus, daß der Magistrat im laufenden Jahre der Versammlung eine Vorlage zugehen lassen werde, durch welche die Relikten und Waisen der Stadt ebenso gut gestellt werden wie die Relikten und Waisen der Staatsverwaltung.

Stadtv. Dr. **Schwalbe** bemerkt dazu, daß der Magistrat im Ausschusse bereits die Erklärung abgegeben habe, daß eine solche Vorlage noch in diesem Jahre an die Versammlung gelangen werde.

Stadtv. **Reichnow** berichtet alsdann über folgende Etats: 1. Etat der städtischen Gasanstalten 2c. Derselbe schließt ab in Einnahme und Ausgabe mit 25,053,242 Mark, der Ausschuß empfiehlt unveränderte Genehmigung.

Die Versammlung beschließt demgemäß.

Stadtv. **Esmann** beklagt sich, daß bei den Arbeiten der Gas- und Wasserwerke, bei Rohrlegungen 2c. das Straßenpflaster in ganz schlechter Weise wieder hergestellt werde, und ersucht den Magistrat dringend um Abhilfe.

Eine Antwort erfolgt nicht.

2. Etat der städtischen **Wasserwerke**. Der bei der Generaldebatte über den Etat im Plenum zur Sprache gebrachte Fall der Entlassung von zwei Arbeitern auf dem Wasserwerke zu Friedrichshagen und die dadurch hervorgerufenen Differenzen zwischen der Arbeiterschaft und der Verwaltung gelangten im Ausschuß zur eingehenden Erörterung. Seitens des Vertreters des Magistrats wurde auf Grund der Akten unter Mittheilung der stattgefunden Verhandlungen und des geführten Schriftwechsels der Fall klar gestellt und ausgeführt, daß die Verwaltung in keiner Weise dem Petitions- und Koalitionsrecht der Arbeiter zu nahe treten wolle. Die Arbeiter hätten Bescheid erhalten und seien jetzt wohl zufrieden, zumal die Löhne als ausreichend angesehen werden könnten. Anträge wurden an die Besprechung des Vorfalles nicht geknüpft, der Ausschuß empfiehlt die Feststellung des Etats in Einnahme und Ausgabe auf 7,876,366 Mark. — Die Versammlung beschließt hiernach.

3. Etat der **Kanalisationswerke und Rieselfelder**. Derselbe wird unverändert zur Annahme empfohlen in Einnahme und Ausgabe auf 11,208,830 Mark.

Bei diesem Etat beantragt der Ausschuß die Annahme folgender Resolution: „Die Versammlung ersucht den Magistrat, dem Stadtbaurath Krause statt der Pferdebahnabonnementskarte eine jährliche Fuhrkostenentschädigung von 1500 Mark zu gewähren und solche gehörigen Orts zu verrechnen."

Stadtv. **Wallach** erklärt sich gegen diese Resolution wegen der Konsequenzen, welche eine solche Bewilligung nach sich ziehen würde, denn es würde dann auch der Stadtrath für den Hochbau eine solche Fuhrkostenentschädigung verlangen können. Kein Mitglied des Magistrats erhalte eine solche Entschädigung. Die Herren seien berechtigt, Fuhrkosten zu liquidiren, und möge man es dabei lassen.

Stadtv. **Spinola**: Für den Fall, daß dem Baurath Krause die Fuhrkostenentschädigung bewilligt werde, stelle er den Antrag, eine solche auch dem Baurath Hoffmann zu bewilligen.

Nach weiterer kurzer Diskussion wird nach dem Antrage Spinola die Fuhrkostenentschädigung von 1500 Mark sowohl dem Baurath Krause wie dem Baurath Hoffmann bewilligt.

Der Etat selbst wird genehmigt.

4. Etat der Hauptkasse der städtischen Werke. Derselbe wird festgestellt in Einnahme und Ausgabe auf 368,420 Mark.

Ueber den Rest des Etats berichtet alsdann Stadtv. **Rosenow**. Spezialetat 36 „Straßen- und Brückenbau". Nach dem Ergebniß der Verhandlungen ist bei dem Etat ein Fehlbetrag von 369,344 Mark vorhanden. Der Ausschuß hat beschlossen, hiervon die Summe von 200,000 Mark durch Abstriche bei den Neu- und Umpflasterungen und den Rest bei der Gemeindegrundsteuer auszugleichen. Demgemäß wurden bei den Neupflasterungen und Umpflasterungen je 100,000 Mark abgesetzt, und empfiehlt der Ausschuß, den Etat in Einnahme auf 4,445,661 Mark, in Ausgabe auf 15,235,132 Mark, also mit einer Mehrausgabe von 10,789,471 Mark, festzusetzen. Dies geschieht.

Die Etats Betriebssteuer, Hundesteuer, Braumalzsteuer, Wanderlager- und Umsatzsteuer werden unverändert genehmigt. Spezialetat 4 „Gemeindegrundsteuer" beantragt der Ausschuß festzusetzen in Einnahme auf 17,569,344 Mark, in Ausgabe auf 12,000 Mark, also mit einem Ueberschuß von 17,557,344 Mark. Die Versammlung beschließt dem gemäß; ebenso wird Spezialetat 5 „Gewerbesteuer" festgesetzt in Einnahme auf 8,100,000 Mark, in Ausgabe auf 85,000 Mark, also mit einer Mehreinnahme von 8,015,000 Mark.

Spezialetat 6 „Gemeindeeinkommensteuer". Als Normalsteuersoll sind 26,880,000 Mark angenommen und zum Etat gestellt worden, 3,120,000 Mark mehr wie im Vorjahre. Der Ausschuß hat sich hiermit einverstanden erklärt und stellt der Versammlung anheim, den Etat nach dem Entwurf festzustellen. — Dies geschieht. Nach dem Antrage des Magistrats empfiehlt der Ausschuß zugleich folgende Beschlußfassung: Die für das Etatsjahr 1899 zu erhebenden Steuersätze werden a) für die Gemeindegrundsteuer auf 5,8 Prozent des Nutzertrages er steuerpflichtigen Grundstücke, b) für die Gewerbesteuer auf 150 Prozent des Normalsolls und c) für die Gemeindeeinkommensteuer auf 100 Prozent des Normalsolls festgesetzt. Die Erhebung der Gemeindeeinkommensteuer nach dem Steuersatze von 2,40 Mark jährlich, das Einkommen von 420 bis 660 Mark umfassend, unterbleibt. Ferner empfiehlt der Ausschuß, den Stadthaushaltsetat für das Etatsjahr 1899 auf 100,523,807 Mark festzustellen.

Die Versammlung beschließt auch nach diesem Antrage und stellt den Etat nach dem Vorschlage des Ausschusses fest.

Damit ist die **Etatsberathung beendet.**

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berichterstattung über die Vorlage betreffend die **Ordinariate jüdischer Lehrkräfte** an den hiesigen Gemeindeschulen.

In dieser Angelegenheit liegt der Versammlung nunmehr der bereits bekannte Erlaß des Kultusministers vom 14. Februar c. im Wortlaut vor, dazu das Schreiben des Provinzialschulkollegiums vom 22. Februar c., worin es der städtischen Schuldeputation mittheilt, daß es vom Minister beauftragt sei, die weiteren entsprechenden Maßregeln in der Frage mit der Schuldeputation zu vereinbaren und dazu Dienstag, den 28. März cr., in Aussicht genommen habe. Das Provinzialschulkollegium fordert die Schuldeputation auf, zu dieser Verhandlung Kommissare zu entsenden. Magistrat erklärt indem er der Versammlung diese Schreiben überreicht, daß er zu der für den 28. März angeregten Besprechung Kommissare abordnen werde.

Hierzu liegt ein Antrag des Stadtv. Dr. **Schwalbe** vor: Die Berathung dieser Angelegenheit so lange zu vertagen, bis das Resultat der vom Kultusminister angeordneten kommissarischen Berathung mitgetheilt werden kann.

Stadtv. Dr. **Preuß** bekämpft diesen Antrag. Er sei genöthigt, ohne die Gründe für die Vertagung zu hören, diese Gründe zu mißbilligen. Seit November sei die Sache sieben Mal vertagt worden. Gerade die Rücksicht auf die bevorstehende kommissarische Berathung solle die Versammlung veranlassen, die Angelegenheit heute zu berathen, ein Verzicht darauf sei gleichbedeutend mit einem Verzicht, über die prinzipiellen Gesichtspunkte der Angelegenheit mitzusprechen. Die kommissarische Vernehmung sei für die Verhandlung in dieser Versammlung völlig belanglos, umgekehrt sei es aber nicht ohne Belang, wenn die Berathung der Kommission erst stattfände, nachdem die Versammlung zu der Frage endgiltig Stellung genommen habe. Die bedauernswerthen Lehrerinnen müßten auch bald aus der heiklen Lage befreit werden, in der sie sich befänden. Sie verlangten mit Recht, ihren Kolleginnen gleich gestellt zu werden, und es sei ihnen keineswegs ausreichend, daß man sie nur dulde. Die Kommissare sollten darüber berathen, wie die jüdischen Lehrerinnen in „nicht auffälliger Weise" weiter beschäftigt werden könnten. Für diese Berathung müsse für die Vertreter der Stadt doch die Stimmung von Bedeutung sein, welche in der Versammlung und der Bürgerschaft über diese Frage herrsche. Nachdem am 1. Dezember Zweifel ausgesprochen seien, ob die Taktik des Magistrats richtig sei, und auch der Minister dem Magistrat die Schuld an dem jetzigen Zustand gegeben habe, so müsse der Magistrat das lebhafteste Interesse haben, sich hier öffentlich zu verantworten. Er halte es aus allen diesen Gründen für unbedingt nöthig, ehe eine kommissarische Berathung beginne, in der Versammlung den prinzipiellen und den Rechtsstandpunkt ausführlich zu erörtern und nachzuweisen, daß, was auch die Kommissare berathen und verabreden würden, der paritätische Charakter der Schule beeinträchtigt würde, wenn das Prinzip der Regierung zur Durchführung komme. Bei der Wichtigkeit der Sache beantrage er über den Vertagungsantrag namentliche Abstimmung.

Stadtv. Dr. **Schwalbe** hält die Erregung des Antragstellers durchaus nicht aus der Sache geboten. Es sei doch eine alte Gepflogenheit, bei einer Sache, die noch nicht vollständig abgeschlossen sei, den Abschluß abzuwarten (Lachen), sonst seien Nachtheile für das Gelingen der ganzen Verhandlung nicht ausgeschlossen. Das Prinzip sei ja Anfang Dezember klar und deutlich festgelegt, der Magistrat wisse, wie die Versammlung gesonnen sei, und in grundsätzlicher Beziehung nochmals auf den Magistrat einzuwirken, sei überflüssig. Die Vorlage habe zweifellos eine hohe Bedeutung, aber gerade deswegen müsse man Zeit und Muße haben, um die Sache gründlich zu berathen. (Widerspruch.) Wolle die Versammlung ihre Ueberzeugung hier nochmals festlegen, so würde dies weder den Lehrerinnen, noch unserer Schulentwickelung helfen. Es handele sich doch nur darum, daß sich die Gemeindeschulen in derselben Weise wie bisher weiter entwickeln können. Im Interesse der Schulverwaltung, im Interesse der Gepflogenheit und im Interesse der vorgerückten Zeit bitte er, den Vertagungsantrag anzunehmen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf die **Vertagung** mit 50 gegen 35 Stimmen **beschlossen.**

Magistrat beantragt die Zustimmung der Versammlung dazu, daß die Leipzigerstraße auf der Strecke zwischen der Kommandanten- und Charlottenstraße behufs Vornahme umfassender Versuche mit elektrischem Lichte beleuchtet wird, und die zur Ausführung dieser Versuche voraussichtlich erforderlichen Kosten bis zum Betrage von 10,000 Mark zu Lasten des Spezialetats 42 für das Etatsjahr 1899 verausgabt werden.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

Magistrat überreicht der Versammlung die infolge des Neubaues der Roßstraßenbrücke und die dadurch bedingte Verbreiterung eines Theils der Roßstraße nothwendig gewordene Vorlage betreffend den Erwerb der Grundstücke Neue Roßstraße 13 und Roßstraße 13 und 14, des ersteren zum Preise von 620,000 Mark, der beiden letzteren zum Preise von je 95,000 Mark, mit den zur Ablösung von Miethsrechten an diesen Grundstücken erforderlichen 31,875 Mark in Summa von 841,875 Mark. Auch diese Vorlage geht an einen Ausschuß.

Bezüglich der **Beleuchtung des Friedrichshains und des Viktoriaparks** durch elektrisches Bogenlicht beantragt Magistrat die Zustimmung der Versammlung dazu, daß a) der Friedrichshain durch 52 elektrische Bogenlampen à 8 Ampère beleuchtet wird, von denen 18 das ganze Jahr hindurch von Eintritt der Dunkelheit bis Tagesanbruch, die übrigen 34 dagegen nur in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober bis 11½ Uhr Abends brennen, daß ferner b) der Viktoriapark durch 30 eben solche Lampen, mit einer Brennzeit wie die der vorstehenden 34 Lampen im Friedrichshain, beleuchtet wird.

Die Zustimmung wird ausgesprochen.

Es folgen einige kleinere Vorlagen und ist die Tagesordnung damit erschöpft.

Schluß 9 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Bei der Aerztekammer Berlin-Brandenburg hat der Aerzteverein des Kreises Teltow auf Grund eines Vortrages des Dr. med. Pielecki in Gütergotz beantragt, die Aerztekammer wolle bei den maßgebenden Behörden auf eine Vereinigung der Kranken- mit der Invaliditätsversicherung hinwirken.

Ein Vortragsabend der Vereinigung für Literatur und Kunst findet Freitag, 24. dieses Monats, 8 Uhr, im Saal B des Architektenhauses (Wilhelmstraße 92/93) statt. Das Programm lautet: Gedichte und Novelle „Steinklopferfranz ist todt" von Fritz Stöber. „Brautfahrt" von Hans Land. „Späte Weihnacht" von Fritz Skowronek. „Tante Gustel" von Frau H. v. Below. Vortragende sind zum Theil die Verfasser, zum Theil Uhlmann Bixterhaide und Max Olitzke.

Krolls Etablissement. Die Nahrungsmittel-Ausstellung erfreut sich des regsten Besuches, umsomehr, als bereits am Palmsonntag der Schluß derselben stattfindet. Am Freitag Nachmittag beginnt die offizielle Vertheilung der Staatsmedaillen und Ehrenpreise an die prämiirten Aussteller.

Im Schachverein „Centrum", Rosenthalerstraße 11/12, findet am Freitag, den 24. März, eine große Berathungs-Simultanvorstellung des Schachmeisters Herrn C. Walbrodt statt. Beginn Abends 8½ Uhr.

Bund der deutschen Bodenreformer. Freitag, den 24. d. M., Abends 8½ Uhr, Sitzung in den Akademischen Bierhallen, Dorotheenstraße 3. Vortrag von Gust. Freiburg aus Straßburg: Bodenreformarbeit in Paris und im Elsaß. — Vom unverschuldeten Minderwerth des Bodens. — Freie Aussprache. — Bundesmittheilungen. — Gäste willkommen.

Aus den Vereinen.

Freitag, den 24. März, Abends.

Potsdamer Thorbezirksverein. 8½ Uhr präc., im Königshof, Bülowstraße 37. Die Reichstagswahl im II. Berliner Wahlkreis und ihre Bedeutung. Herr Reichstagsabgeordneter Max Schulz.

Königstädtischer Bezirksverein. 8¼ Uhr, in C. Haberechts Festsälen, Gr. Frankfurterstr. 30. Vortrag des Stadtverordneten und Rechtsanwalts Herrn Ladewig: Das Eherecht im Bürgerlichen Gesetzbuch.

Verein für Volkskunde. 7½ Uhr, im kleinen Saale des Architektenhauses.

Vereinigung für volksthümliche Urlaubswanderfahrten. 8½ Uhr, Kurgartenrestaurant, Kommandantenstr. 7—9.

Rollerscher Stenographenverein Südwest. 8¾ Uhr, Lindenstr. 72.

Stenographenverein Gabelsberger, Berlin-Süden. 8 Uhr, Skalitzerstraße 142.

Glaßscher Orchesterverein Crescendo, gegr. 1874. 8½ Uhr, Sophienstr. 15.

Anhaltische Vereinigung. 8½ Uhr, Am Königsgraben 14a.

Klub der Hamburger. Kommandantenstr. 7—9. Kurgarten-Restaurant.

Neuer Berliner Schachklub. 9 Uhr, Münzhof, Münzstraße, Spielabend

English Conversational Club. 9 p. m. Mohrenstr. 47.

Arendsscher Stenographenverein Apollobund. 9 Uhr, Restaurant Zum Schultheiß, Invalidenstr. 5.

Freie Vereinigung unbesoldeter Gemeindebeamten der südöstlichen Luisenstadt und angrenzender Bezirke. 8½ Uhr, bei Albert Zschedge, Oranienstr. 190.

Jüdische Gemeinde.

Gottesdienst.

Freitag den 24. März Abends 6½ Uhr.

Sonnabend den 25. März: In der alten Synagoge Morgens 8½ Uhr, in den übrigen Synagogen Morgens 9 Uhr.

Fest-Gottesdienst.

Sonnabend den 25. März, Abends 7 Uhr.

Sonntag den 26. März in der alten Synagoge Morgens 8½ Uhr, in den übrigen Synagogen Morgens 9 Uhr.

Predigten Alte Synagoge Vorm. 9½ Uhr: Herr Rabbinats-Kandidat Dr. Warschauer.

Neue Synagoge Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Maybaum.

Synagoge Kaiserstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Rosenzweig.

Synagoge Lindenstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Weisse.

Synagoge Lützowstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Stier.

Sonntag, den 26. März Abds. 7 Uhr.

Montag, den 27. März in der alten Synagoge Morgens 8½ Uhr, in den übrigen Synagogen Morgens 9 Uhr.

Predigten Alte Synagoge Vorm. 9½ Uhr: Herr Rabb. Dr. Rosenzweig.

Neue Synagoge Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Stier.

Synagoge Kaiserstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Weisse.

Synagoge Lindenstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Lucas.

Synagoge Lützowstr. Vorm. 10 Uhr: Herr Rabbiner Dr. Maybaum.

Abendgottesdienst 7 Uhr 10 Minuten.

Gottesdienst an den Wochentagen: Alte und Kaiserstr.-Synagoge Morg. 6½ Uhr und Abends 6 Uhr, in den übrigen Synagogen Morgens 7 Uhr und Abends 5 Uhr.

Synagoge Beth Zion

Brunnenstr. 10. Sonntag, 26. März, 8 U. **Pred.** Hr. Rabb. **Hörter**, 10¼ U. **Religionsschule:** Linienstr. 162. Beginn d. Sommersem. 5. April. Anmeld. f. d. 6 Kn. — 5 Mdchnkl. u. d. **Bar Mizwoh**-Unterr. beim obig. **Direktor, Gipsstr. 23b.**

Synagoge a. d. Potsdamer Brücke.

Sabbat Hagadol!

Freitag, 24. März, Abends 6½ Uhr. Sonnabend, 25. März, Morg. 7 Uhr.

Israelitische Synagogen-Gemeinde Adass Jisroel.

Gottesd. i. d. Synagoge Gipsstr. 12a. Sonnabend, den 25. März, Abends 7 Uhr 11 Min. Sonntag, den 26. März, Morgens 7 Uhr 30 Min.

Predigt:

Sonntag, den 26. März, Abends 7 Uhr 12 Min. Montag, den 27. März, Morgens 7 Uhr 30 Min.

An den Wochentagen: Morgens 6 Uhr, Abends 6 Uhr 30 Min.

Ahawas Reïm. Prinzenstr. 86. Freitag Abend 6½ Uhr, Sonnabend früh 10 Uhr. An beiden Festtagen: Sonnabend u. Sonntag Ab. 6½ Uhr, Sonntag und Montag früh 8½ Uhr. Sonntag Predigt früh 10 Uhr.

Religions-Verein Westen, Synagoge. Passauerstraße 2. Sonnabend, Sonntag und Montag, den 25., 26., 27. März, Sabbath- und Festgottesdienst. Am 26./27. März, Vormittags 10 Uhr. Predigt Herr Rabbiner **Dr. Kroner.**

Synagoge Nweh scholaum, Lothringerstr. 48. Sonntag u. Montag; Festpredigt v. Rabb. Dr. **Grünfeld.**

Synagoge, Köpenickerstraße 114 Sonnt., Mont. mrg. Fstpr. Dr. Janowitz.

Königst. israelit. Religionsschule

Landsbergerstr. 46/47 (Eingang Katharinenstr. 1).

Anmeldung zum Barmizwahunterricht sowie Aufnahme neuer Schüler u. Schülerinnen zum Religionsunterricht erfolgt Mittwoch, d. 29. d. M., 3—6 Uhr Nm. im Schullokal, Landsbergerstr. 46/47, beim **Director** der Anstalt, Herrn Rabbiner **Dr. Ruben.**

אהל יצחק

Israelitischer Religionsverein der Oranienburger Vorstadt.

Synagoge: Chausseestr. 42.

Religionsschule: Kesselstr. 34.

Sonntag, d. 26., Vm. 9 Uhr, Gottesdienst. Predigt d. Hrn. Dr. Liebermann 10 Uhr. Sonntag, d. 1. April, 9 Uhr, Gottesdienst. Pred. (Seelenfeier) d. H. Dr. Liebermann. 10 Uhr.

Das Sommersemester beginnt am Mittwoch, den 12. April 1899. Anmeldungen neuer Schüler nehmen entgegen: Der Dirig. uns. Religionssch. Hr. Dr. A. Liebermann, Krausnickstr. 16, von 12—1 Uhr, der Hr. Joseph Zucker, Fennstr. 47, v. 6—8 Uhr N.-M.

Der Vorstand.

Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.

Der unterzeichnete Vorstand macht hierdurch bekannt, daß die **29. ordentliche General-Versammlung am Dienstag, den 4. April d. J., Vormittags 11 Uhr, in den Armin-Hallen, Kommandantenstraße 20** stattfindet.

Tages-Ordnung:

1. Erstattung des Jahresberichts pro 1898.
2. Beschlußfassung über die Abnahme der Rechnung des Jahres 1898.
3. Beantwortung aller derjenigen Anfragen, welche im allgemeinen Interesse der Krankenkasse liegen und bis einschließlich den 31. März dieses Jahres mündlich oder schriftlich an den Vorsitzenden der Kasse gestellt werden.

Eintritt zur General-Versammlung haben nur die für 1899/1901 gewählten Vertreter. Dieselben erhalten besondere Einladungskarten, welche gleichzeitig bei der Versammlung als Legitimation dienen.

Berlin, den 14. März 1899.

Der Vorstand der Ortskrankenkasse für die Wäschefabrikation.
Philippsohn, Vorsitzender, Kaiserstr. 41.

מצות על פסח **pr. Pfd. 27 Pf. und 30 Pf.** von 5 Pfund an.

Borst, Torten u. Weine.

Ia. Gänseschmalz per Pfd. 1,40.
Feinste Fleisch- und Wurstwaaren in bekannt guter Qualität
Tilsiter Geflügel.

Max Schönwald, Berlin Oranienstr. 49.
Telephon Amt IV Nr. 514.

Unentbehrlich für die Pflege der Hände und Nägel.

A. Hönisch' Glycerin-Honig-Crême.

Beim Gebrauche desselben werden die Hände **niemals rauh** und bleiben stets **zart** und **weich.** Der Crême **fettet nicht** und zieht **sofort** in die Haut ein. Tube 50, 75 Pf.

A. Hönisch's Nagel-Email,

kein Lack, kein Pulver, sondern eine **Pasta,** die durch **blosses Abreiben** den Fingernägeln den **schönsten** und **bleibenden Glanz** verleiht. Dose 1 Mk.
Nur echt zu haben in der
Parfumerie E. Noack, Berlin, Potsdamerstr. 117.

Schwarze Seide.
Bildschön. Damassés. Solide glatte Stoffe.
Schwarze Taffete, Reste u. Halbseide, sehr vortheilhaft.
Seiden-Engros-Haus
Adolf Mayer
Detail-Verkauf:
Fellnerstr. 5a, Ecke Alte Jakobstr.

Unter den Linden 59 (Eckhaus) **großer Laden** mit Nebenräumen per Apr. z. verm.

Wolffsche Ez-Chajim-Gemeinde. Landsbergerstr. 85. Sonnabend früh 6½ Uhr, Sonnt. u. Mont. Predigt. Herr Rabb. Dr. Grünfeld jr.

יין כשר על פסח בהכשר

Friedlaenders Ungar-Wein-Handlung.
Lothringerstr. 28 (Schönh. Thor), früher Burgstrasse. Telephon III. 5191.
Filiale: Mendelssohnstr. 2.

Süsser Oberungar . . à Fl. Mk.	1,25
„ „	1,50
Herber Oberungar	1,50
Szegszárder (rother) . . .	1,00
Erlauer	1,50
Erlauer Auslese	2,00
Muscat Lunel	1,00
Menescher Ausbruch . . .	2,00
Slivovitz	2,50
div. Liqueure . von 75 Pf. bis	1,25

Bei Entnahme von 11 Flaschen werden nur 10 Fl. berechnet. Zusendung fr. Haus.

על פסח בהכשר

Zu Pessach off. ich meine altberühmten Liqueure u. Weine zu billigsten Preisen. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
L. Pulvermann, Berlin, Neue Friedrichstr. 43.
Fernsprecher Amt 5, Nr. 1321.

Selten günst. Gelegenh. zum Ankauf von **Original-Oelgemälden.** Ca. 200 St. Gemälde bekannter, moderner Meister werden von heute ab zu äußerst billigen Preisen verkauft. **Leopold Weiss, Markgrafenstraße 39—40,** an der Mohrenstraße.
NB. Auf jed. Gemälde ist d. Preis ersichtl.

Orient-Haus, Leipzigerstr. 134 I. Zur Decorat. benutzte, gar. echte **Perser Teppiche** ebenso Buchara, Afghan, Kelim rc. von ganz klein bis 5×8 Mtr. **für die Hälfte des Preises.** **Nur Leipzigerstr. 134,** I. Etage. vis-à-vis **Neubau d. Herrenh.**

Geldschrank Transporte jeglicher Art übernimmt zu mäßigen Prei[sen] **Geldschrankfabri[k] E. PALM, Actien-Gesellscha[ft]** N., Prenzlauer-Allee 34. (III. 8347.)

Prachtvolle elegant gerahmte Oelgem[älde] und i. d. Ausstell. z. Decoratio[n] gar. echte **Perser Tepp[iche]** neu u. ant. b. 5×7 Mtr. **Gebetteppiche, Buch[ara] Kelims, Djidjims** bis zu ¼ **des Preise[s]** Bes. Gelegenheit **3 Seiden Pers.** Gemälde-Sal. vereiniat. **Wilhelmst. 44** vis-[à-vis] Bitt. gen. a. **Nr. 44 Wilhelmstr.**

Lehrling mit einj. Zeugn. suchen wir f. d. [...] uns. Luxuspap.-Fabrik gegen [...] Vergüt. Demselb. wird beso[nders] Geleg. geb., sich in fremden Sp[rachen] weiter zu bilden. **Prager & Loj[a]** Hagelsbergerstr. [...]

Herrliche Fabrikrä[ume] große u. kleine, bis 1400 □Mt[r.] Electricität, billigst. **Schwedterstr.**

Brüderstr. freundl. helle Hofwohnun[g] Stub., Küche, zu vermie[then] Näh. Comptoir, **Gebr. G[ause].**

Brüderstrasse 7, I. Etage, großer heller Saal als Comptoir oder Werkstatt, event. mit Wohnung (Fahrstuhl), sofort zu vermie[then] Näheres Comptoir **Gebr. Gause.**

Unterricht * Pension

Student (mosaisch) ertheilt erfolgreichen Nachhilfeunterricht. Vorzügliche Referenzen, mäßige Bedingungen. Jacob, Brunnenstraße 25.

Conversation française, leçons. Hollmannstraße 13, II rechts.

Elementarschüler bestehen nach 1jähriger Vorbereitung Einjährigen-, nach 4½jähr. Abiturienten-Prüfung Oranienburgerstraße 73.

Einjährigen-Berechtigung haben in Schulvorsteher Lewetzki's staatlich concessionirter Vorbereitungs-Anstalt für höhere Schulprüfungen, Kommandantenstraße 5a, bereits 140 Schüler erhalten. — Gymnasiasten und Realschüler werden durch Nachhülfe oder als Halbpensionäre regelmäßig durch die Klassen gefördert.

Große Berliner Handelsakademie, Chausseestraße 122, (Nähe Stadtbahnhof Friedrichstraße) versendet Prospekte kostenfrei. Freie Wahl einzelner Lehrfächer. Beginn jederzeit. Neue Dreimonatskurse beginnen: 5., 10. April. (Pension, Stellennachweis). Bücherrevisor Thiemann, Direktor.

Rackow's Akademie, Leipzigerstraße 47, gegründet 1867. Leiter: Director A. Rackow, Inhaber eines Professor- sowie Ehrendiploms für Kalligraphie. — Lehrzweige: kaufmännische, Beamten-, Privatschriften, einfache und doppelte italienische, amerikanische und landwirthschaftliche Buchführung, Korrespondenz, Rechnen, Wechsel- und Handelsrecht, Stenographie, Maschinen-Schreiben, richtig Deutsch, europäische Sprachen. — Freie Wahl der Lehrfächer, Anfang derselben täglich. — Prospekte gratis. Am 6. April beginnen die neuen Viertel- und Halbjahrskurse für Damen und Herren zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf. — Die größten Erfolge werden erzielt nach der durch Professor- und Ehrendiplome preisgekrönten „Rackowschen Lehrmethode" für Erwachsene. — Vorträge über kaufmännische Rechtsverhältnisse, Verkehr mit Gerichten, Handels-Wechselrecht und Handelsökonomie, gehalten von akademisch gebildeten und staatlich geprüften Juristen.

Buchführung, doppelte, Stenographie, Briefstyl lehrt Schröder, Lehrer, Pritzwalkerstraße 3.

Unentgeltlichen Klavier- und Violinunterricht ertheilt „Adam" Berliner Zeitung.

Vorzügliche Pension. Beuthstraße 4, 3 rechts.

Koschere Pension, vorzüglich, billig. Große Präsidentenstraße 5, III.

Jüdischer Herr sucht per 1. 4. vorzügliche Pension. Offerten H. E. Postamt 68 erbeten.

Vorzügliche Pension Alexanderstraße 9, III. rechts.

Pension besserer jüdischer Familie, Nähe Oranienburgerthor, für Geschäftsfräulein gesucht. — Offerten Preisangabe „Pension" Postamt 19.

Vermischte Anzeigen

Bücherregulirung, Einrichtungen, Inventur-, Bilanzfertigung, Konkurs-, Steuersachen. Zadeck, Sophienstraße 12.

Bücherrevisor Loehr, Regulirung, Einrichtung, Abschluß rc. Rosenthalerstraße 60.

Gelegenheits-Gedichte wirkungsvollsten Inhalts. Hirschstein, Alexanderstraße 9.

Geschäftsbücher-Einrichtung, Regulirung, stundenweise Buchführung, Inventur, Bilanzfertigung, Concurs discret sachgemäß, billigst. Feinberg, Alte Schönhauserstraße 55.

Geschäftsbücher ordnet sorgfältig Schneider, Kleine Frankfurterstr. 1.

Bücherrevisor Goldberg, Kleine Alexanderstraße 30.

Bücherrevisor Rosenthal, Alexanderstraße 36a. Diskrete Bücherregulirung, Steuerreclamation. Concurs. Buchführungs-Unterricht. Fernsprecher.

Bücherrevisor Bergmann, Kaiserstraße 27. Bücherregulirung, Inventuren, Bilanzen diskret, sachgemäß.

General-Fundbüreau, Charlottenstraße 93. Nachweis und Ermittelung aller verlorenen Sachen (auch Hunde).

Wasch- und Natur-März-Bleichanstalt Gustav Jahn Cöpenick, Grünauerstraße 65. I. Bett-, Leib- und Tischwäsche à Stück 10 Pf. Handtücher, Servietten, Taschentücher 4 Stück 10 Pf. Abholung jeden Mittwoch.

Hand-Wasch- und Bleichanstalt. Große Stücken 10 Pfennig, Leibwäsche 10 Pfennig, Handtücher 4 Stück 10 Pfennig, Taschentücher 4 Stück 10 Pfennig. Gustav Weinreich, Köpenick, Charlottenstraße 18.

Strumpf-Anweberei Jerusalemerstraße 62, I.

Klavierstimmer Jande, Potsdamerstraße 70a.

Naturheilung, Kräuter-Schwitzbäder, Rheumatismus, Blutstockung, Frauenkrankheiten. Stralsunderstr. 19, parterre. Frau Dünger Nachfolger, früher Hebamme, von 2—7 Uhr.

Masseuse aus Wien, Nagelpflege streng geprüft. Oranienstraße 118 I.

Masseuse, diplomirt, Russin, streng des mains douillettes. Chausseestraße 98, II. Fabbe.

Verkäufe beweglicher Gegenstände

Möbel-Gelegenheitskäufe. Complette Zimmereinrichtungen, auch einzelne Büffets, Speisetisch, Garnitur, Schlafzimmer, Küche, Bilder, Gardinen, Pianino, Teppiche spottbillig bei Goldstaub, Zimmerstr. 3—4, I.

Möbel-Kaufhaus 166, II. Oranienstraße 166, II. am Oranienplatz, stets Gelegenheitskäufe sowie vollständige Wohnungseinrichtungen, außergewöhnlich billig.

Nußbaummöbel, ganze Wirthschaft, spottbillig verkäuflich Waldemarstraße 68, vorn I. Nehrkorn.

Möbel auf Theilzahlung ohne Aufschlag, ganze Einrichtungen, auch einzelne Stücke, reell und billig, Kommandantenstraße 31a, I.

Küchenspinde baldigst verkäuflich. Schove, 49 Kreuzbergstraße.

Nußbaum-Möbel, grünes Schlafsopha, Paneelsopha, spottbillig. Schlegelstraße 21, I rechts.

Für Brautleute beste Gelegenheit, neue elegante gediegene Nußbaum-Bettstellen, Matratzen, Sophas, Chaiselongues, billigst. Hecht, Burggrafenstraße 14.

Paneelsopha, Herrenschreibtisch, Plüschgarnitur, Trümeaux, Bettstellen, Büffet, Ruhesopha, Speisetisch, Kleiderspind, Vertikow, Teppiche, Bilder, Pianino spottbillig. Landsbergerstraße 77, I (Alexanderplatz).

Herrenstoffe, Cheviotreste, Kammgarnreste, spottbillig. Tuchlager, Hoher Steinweg 4 (Rathhaus).

Complette Wohnungseinrichtungen, Speisezimmer, reichgeschnitztes Büffet, Stühle, Speise- und Servirtisch, 300 Mark, hochelegante Salongarnitur mit großem Teppich, 200 Mark, Spiegel, Bücherspind, Schreibtisch billigst Schiffbauerdamm 33, I.

Betten, Gardinen, Stores, Steppdecken, Portieren, Waffeldecken, Teppiche, Bettvorleger, Tischdecken, Paletots, Anzüge, Hosen, Remontoiruhren, Regulatoren, Operngläser spottbillig Pfandleihe Neanderstr. 6.

Teppich-Ausverkauf. Wegen Aufgabe des Geschäfts verkaufe ich mein großes Lager in Teppichen, Gardinen, Portièren, Tisch-, Divan-, Bett- und Steppdecken, Linoleum- und Wollläufern zu noch nie dagewesenen Spottpreisen. Teppich-Haus Adolf Fichtmann, Berlin SW., Beuthstr. 10.

Kindergarderobe, recht chic, reiche Auswahl, zu spottbilligen Preisen. Werkstatt Oranienstraße 103, nahe Lindenstraße.

Laden-Einrichtung, Kastenregale, Seifenregale, Cigarrenregale, Mehlregale, Glasspinden, Ladentische spottbillig. Hülß, Weinbergsweg 13b.

Billigste Gaskocher, jeder Größe, Krystallkronen, Saalkronen, achtzehnflammig, 75,00, fünfflammig 10,00, Bronzekronen 20,00, Speisesaalkrone 50,00, Bronzelyren 3,50, Schwarzkupferkronen halb umsonst, Petroleumlampen umarbeiten zu Gas, Aufbronziren billig, Fabrik Linienstraße 200, Dortschack, Gürtlermeister.

Billards, große Auswahl, billigst Dohse, Grüner Weg 6.

Photograph. Apparat, wenig gebraucht, billig zu verkaufen. Kath, Neue Grünstraße 20.

Liebigbilder. Große Auswahl. Serien von 10 Pfennig an. Alte Jakobstraße 70, parterre.

Wiegeschalen, nirgends billiger, Reparaturen sofort. Waagenfabrik Große Friedrichstraße 110, Hof.

Fahrrad, neu, 90 Mark, Damenrad 100 Mark. Bernstein, Neue Schönhauserstraße 14.

Damenrad, neues, 125,00, tadellose, elegante Maschine. Schulze, Wilhelmstraße 122.

Geschäftswagen, alte und neue, stehen billig zu verkaufen. Stallschreiberstraße 23a.

Kanarienhähne, Weibchen, Heckbauer billig. Kochstr. 20, Ziener.

Kanarienroller. Gabel, Mulackstraße 7.

Geldschränke (Gelegenheitskäufe). Goldberg, Spandauerstraße 3—4.

Geldschränke. Zwei gebrauchte billig. Lothringerstraße 40.

Geldschränke jeder Größe, Einmauerschränke, Cassetten, Copirpressen, gediegen und billig. Transporte von Geldschränke werden sofort ausgeführt. Magnus, Stallschreiberstraße 32.

Alter Geldschrank billig verkäuflich Neue Schönhauserstraße 14.

Pianino, mehrfach preisgekrönt, billigst. Belleallianceстraße 15, Hof parterre rechts.

Pianino, kreuzsaitig, hochfein, billig verkäuflich. Andreasstraße 43 II., rechts.

Pianinos billigst, Theilzahlung. Hintze, Belleallianceстraße 14a.

Pianino von Hoflieferant Schwechten, 1 Standuhr sofort billig zu verkaufen Ritterstraße 120 I beim Wirth.

Pianino (Blüthner), vorzügliches, Umstände halber billig Yorkstraße 45, Hintergebäude 1 Treppe.

Mieths-Pianinos, kaum benutzt, von neu nicht zu unterscheiden, sind billig abzugeben im Piano-Leihinstitut Kube, Lützowplatz 1.

Ehrlichpianinos 70, Concertpianinos, Bechsteinflügel, Drehpianinos. Brunnenstraße 2 (Rosenthaler Thor).

50 Pianinos, gebraucht von 100, neue von 350 Mark an, billige Kaufgelegenheit, unter Garantie, Brunnenstraße 11, Schmidt.

Pianino, hochelegant, wirklich reell, großer Ton, umzugshalber billigst, Zossenerstr. 7, I. links.

Pianino, Bechstein (kreuzsaitig), billig abzugeben, Brunnenstraße 11, Schmidt.

Pianinos berühmter Firmen bill. Gelegenheitskäufe, Brunnenstraße 11, Schmidt.

Pianinos verkauft und vermiethet eventuell Theilzahlung. Gegründet 1870. Kuntze, Brunnenstraße 178.

Pianinos, Flügel, Harmonium, auch einige gebrauchte, von 200 Mark. G. Bärensprung, Alexandrinenstraße 49.

Pianino. Gelegenheit gut erhaltenes schönes Harmonium, kleines Geldspind, bis 9 Abends, auch Sonntag verkäuflich Oranienburgerstr. 42/43. Dittrich.

Geld- * Hypotheken-Markt

Darlehne sicheren Leuten bei Abschluß von Lebensversicherung kostenfrei. Offerten „Darlehen" Postamt 34 lagernd.

Verkäufe, Verpachtungen von Grundstücken und Geschäften

Eckgrundstück in Weißensee, alles vermiethet, billig zu verkaufen. Postamt 68, Neptun.

Waldbaustellen, Rahnsdorfer Mühle, billig zu verkaufen. Gesell, Oranienstraße 101.

Cigarrengeschäft, ein kleines, verkäuflich. Senefelderstraße 40, Hinterhaus, bei Schneider.

Restaurant, gut gehend, sofort verkäuflich Möckernstraße 133a part.

Sichere Existenz! Tischlerei mit 10 Bänken, im besten Betriebe, sehr gute Arbeit, ist anderweitiger Unternehmungen halber unter denkbar günstigen Bedingungen zu verkaufen. Offerten W. Kl. Postamt 10.

Cigarrengeschäft, gut gehendes, besonderer Umstände halber billig zu verkaufen. Köpenickerstraße 62.

Putzgeschäft, kleines, wegen Krankheit zu verkaufen, Reichenbergerstraße 142.

Posamentier-Geschäft, mit Wohnung, sehr billige Miethe, billig zu verkaufen. Reinickendorf, Justusstraße 10.

Kleines Geschäft sofort verkäuflich. Näheres Linienstraße 10. Kahlert.

Kauf- und Pachtgesuche

Pfandscheine kauft Pfandleihe Prinzenstraße 63.

Komme sofort nach Empfang einer Postkarte und bezahle 100 Prozent mehr als sämmtliche annoncirenden Prahler für getragene Herren- und Damen-Kleidungsstücke, Uniformen, Betten, Wäsche, Möbel, Gold-, Silbersachen, Nachlässe, großen Exports wegen. Frau Perlstein, Lottumstraße 7.

Pianino oder guten Stutzflügel suchen gegen baar zu kaufen. Kube, Lützowplatz 1.

Bitte durchlesen. Keine fabelhaften Preisangebote, keine übertriebenen Versprechungen, bezahle wirklich reellen Werth für getragene Herrengarderobe. Damengarderobe, allerhand Militäreffekten, Goldsachen, Nachlässe, Wirthschaften. Eigener Geschäftsbedarf. Hochachtungsvoll Wandt. Skalitzerstraße 133.

Pianino, Geldschrank kauft Ehrlich, Brunnenstraße 2.

Pianino, gebraucht, kauft baarzahlend Schmidt, Brunnenstraße 11, Amt III, 2960.

Geldschränke, gute gebrauchte Möbel, Kontoreinrichtung. Anders, Schützenstraße 1, I. 369.

Papagei, zahmen, kauft bis 20 Mark. Offerten „Vogelliebhaber" Hauptpostamt.

Allerhöchste Preise für getragene Kleidungsstücke, Möbel, Betten, Wäsche wie auch ganze Nachlässe zahlt Bein, Weinbergsweg 11b. Eigener Geschäftsbedarf.

Verlangte männliche Personen

Stenograph, jüngerer, mit guter Handschrift per sofort gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüche unter J. W. 2263 an die Expedition dieses Blattes, SW.

Stadtreisende, welche Cigarrengeschäfte sowie Kurz- und Galanteriewaaren-Geschäft besuchen, zur Mitnahme eines lohnenden, geschützten Massenartikels provisionsweise gesucht. Taschenmuster. Offerten unter V. O. 3293 an Rudolf Mosse, Berlin C., Königstraße 56 erbeten.

Lehrling zur Zahntechnik verlangt O. Schiltsky, Rosenthalerstr. 30.

Zimmerlehrling verlangt L. Stieber, Zimmermeister, Derfflingerstraße 21.

Verlangte weibliche Personen

Zuarbeiterinnen, tüchtige, dauernd gewünscht Anhaltstraße 15, IV.

Taillen-Arbeiterinnen, erste Kräfte, und Zuarbeiterinnen beschäftigt dauernd Gericke, Potsdamerstr. 112.

Erste Putz-Zuarbeiterin für Putzgeschäft in einer im Erzgebirge reizend gelegenen, größeren Stadt sofort verlangt bei hohem Gehalt, Reisevergütung. Meldung bei Leiser, Georgenkirchstraße 1a.

Zeitungsausträgerinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung Chausseestraße 16 I.

Wheeler-Wilson-Oberhemden-Arbeiterinnen sofort gegen höchsten Arbeitslohn gesucht. Arronge's Wäsche-Manufactur, Neue Friedrichstraße 9/10. Fahrstuhlbenutzung.

Untertaillen-Näherin gesucht per sofort. Meder u. Thiele, Adlerstraße 6.

Handhohlsaum. Damen, die darin geübt, oder sich darauf einrichten wollen, finden dauernde Beschäftigung bei Kornicker, Neu-Kölln am Wasser 23.

Eine Köchin, die ihr Fach gründlich versteht, wird zum 1. April verlangt. Zu erfragen Thiergartenstraße 10, parterre rechts, von 9—11 und 6—8.

Mädchen für einzelne Leute sucht Götz, Elsasserstr. 14a, II.

Pflegerin, die kocht, sucht Löwindorff, Bautzenerstraße 8.

Geübte Putzmacher[in] hohem Gehalt sofort verlang[t] Grünwald junior, Rosenthal[erstr.]

Mädchen für Alles, Kö[chin] Hausmädchen mit guten Ze[ugnissen] können sich jeden Nachmit[tag] vornehmen Herrschaften ver[...] Frau Heuer, Linkstraße 6, [...] Keine Anzahlung.

Amme, 36,00, freie Kleidu[ng ver]langt Poppenberg, Alte Jako[bstr.]

Stellengesuc[he] weiblicher Personen

Anständiges Mädchen gut kocht, sucht Stellung bei e[inem] Herrn zum 1. April. S[...] Anerbietungen an Schmid[...] fürstenstraße 127.

Bessere jüdische Wirthsc[hafterin] Wittwe ohne Anhang, [sucht] Stellung bei älterem Her[rn] Wittwer in bürgerlichem Haushalt. Gefällige Offerte[n] B. 102 Annoncenbüreau, Po[...] straße 126.

Geschäftslok[ale] und Fabrikräum[e]

Destillation mit großem [...] saal für 4000 Mark zu ve[rmiethen]. Nur an solvente Miether. Berlinerstraße 55. Näheres 10—2.

Klopstockstraße 39, [...] Bellevue, Laden mit Wohn[ung], Kellereien per 1. April zu ve[rmiethen] 950 Mark. Näheres daselbst.

Läden, zwei, allerbeste [...] straße, mit Wohnung, zu j[edem Ge]schäft passend, billig zu ve[rmiethen]. H. Seiler, Fürstenwalde.

Richthofenstraße 2, [...] Wohnung, 800 Mark. Jede[m ...] passend.

Läden zum Buttergeschäf[t ...] jedem anderen Geschäft, so[fort oder] später Alexandrinenstraße 1[...]

Lager- oder Fabri[kräume] mit Doppellicht, Fahrstuhl, [...] Kraft- und Lichtanlage, à circa 285 Quadratmeter, [...] zu vermiethen Große Fr[...] straße 118, II. Hof, zwischen [...] und Koppenstraße.

Stuckwerkstatträum[e] [In]ventar komplet, mit Vorrät[hen ...] Belle-Alliancestraße 57.

Großer Geschäftskeller [ver]miethbar Gitschinerstraße 8[...]

Wohnung[en]

Behrenstraße 24, [...] Passage, sind 2 schöne W[ohnungen] 2 und 3 Treppen, je 8 Zim[mer ...] 2 Vorderzimmer, Badestub[e ...] sofort oder später, 2 Tre[ppen ...] für Geschäftszwecke sehr gee[ignet ...] theuer zu vermiethen. Näh[eres ...] Siechen, 1 Treppe.

Yorkstraße 14, (Gro[ß...] Viktoriapark) 1 Treppe, [...] (3 vorn), Badezimmer, Erk[er ...] eventuell 5 Zimmer. [...] April.

Zu vermiethen so[fort oder] später W. Karlsbad 27, [...] 7 Zimmer 1600 Mark. [...] selbst.

Parterre-Hofwohnung [...] Zimmer, vermiethbar Gitsc[hinerstr.]

Möblirte Zimmer [...] Wochen und Monate, sep[arater Ein]gang, Heiligegeiststraße [...] Etage.

Gut möblirtes Zimmer, [...] Pension bei Preuß, [...] straße 4, III.